Klassenkampf

Kommunistisches Organ — Bezirk Halle-Merseburg

Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.50 Mark; durch die Post bezogen 2.30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halleschen Zeitungsverlag GmbH., Halle, Merseburgerstraße 14, Tel.: 210 46 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Bankkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Merseburgerstr. 14

Einzelpreis 10 Pfennig — Halle, Sonnabend, den 27. August 1932 — 12. Jahrgang, Nr. 197

2000 Delegierte zum Antikriegskongreß

Noch immer treffen neue Delegationen in Amsterdam ein — Keine Einreiseerlaubnis für die Sowjetdelegation — 300 sozialdemokratische und Hunderte von parteilosen Delegierten nehmen am Kongreß teil — Die Waffen gegen die imperialistischen Kriegstreiber werden geschmiedet

(Eig. Drahtm.) Amsterdam, 26. August.

Mit jedem Fernzug treffen neue Delegationen zum Antikriegskongreß ein. Bereits in großer Zahl sind Vertreter aus Deutschland, Belgien, England, Irland, USA, Frankreich, Italien, Polen, Skandinavien, den Balkan-Ländern, der Türkei und zahlreichen anderen Ländern erschienen. Aus Indien ist der Präsident des Nationalkongresses, Patel, erschienen. Die größere Zahl der Delegierten wird aber erst für die heutigen späten Abendstunden und für die morgigen Vormittagsstunden erwartet. Die Delegation aus der Sowjetunion hat keine Einreiseerlaubnis erhalten.

Ein Ausdruck der Massenbewegung

Die Bewegung für den Antikriegskongreß hat in den meisten Ländern alle Erwartungen übertroffen, vor allem in Frankreich, wo der Kongreß eine breite, tiefe Volksbewegung entfacht hat. Größte Teil der Delegierten besteht, soweit man bis jetzt sehen kann, aus parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern. Eine erstaunlich große Zahl von Intellektuellen, Architekten, Schriftstellern, Künstlern, Aerzten, unter ihnen eine Anzahl von internationaler Bedeutung, haben sich der Bewegung angeschlossen.

Henri Barbusse äußert sich sehr befriedigt über die Entwicklung der Bewegung. Mit einem besonderen Elan hat die Sache des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg die Masse der Arbeiter ergriffen und auch in den Kreisen der Intellektuellen starkes Echo gefunden.

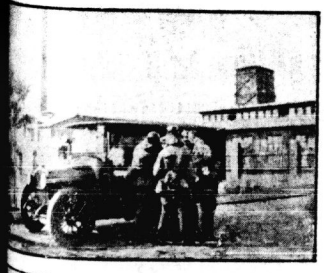
Barbusse erklärt: „Ich habe die sichere Erwartung, daß dieser Kongreß ein Faktor sein wird, die Bewegung gegen den imperialistischen Krieg einen großen Schritt vorwärts zu treiben.

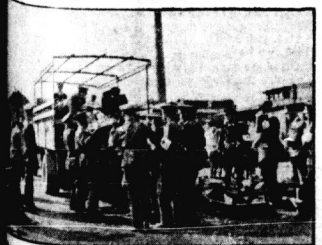
Von besonderer Wichtigkeit erscheint, daß sich für die Sache des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg tatsächlich eine tiefe Einheitsfrontbewegung entfaltet hat, welche die breiten Massen ergreift. Soweit ich bisher informiert bin, werden über 300 sozialdemokratische Delegiert erscheinen. Das ist ein Zeichen, daß auch in den breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft trotz des Widerstandes, den die Führerschaft der 2. Internationale und ihrer Parteien der Bewegung für den Kongreß gegen den imperialistischen Krieg entgegengesetzt hat, ein außerordentlich starkes Echo gefunden hat.“

Gaskriegsübungen im Griesheimwerk

Vorbildliche Reportage aus einer Bitterfelder Chemiehölle

Noch immer diskutieren die Kollegen bei uns über die Vergiftung der 15 Arbeitskolleginnen, die Chlorgas schluckten. Verantwortungsvollen Fragen nicht nach dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter. Schon mancher Proletarier wurde durch Giftgase ruiniert, und dann wurde er obendrein noch auf die Straße geworfen.





Am Montag die Gasvergiftung, am Sonntag vorher große Gasübungen im Werk. Als Arbeiterkorrespondenten und Betriebsrätegruppen haben wir aufgepaßt, damit die gesamte Arbeiterschaft etwas über den Rummel erfährt. Aus der Umgegend, aus Halle, Eisenburg, Delitzsch usw. kamen „Interessenten“ nach Bitterfeld. Autos mit Sanitätsmannschaften vom Roten Kreuz, die Werkfeuerwehren waren aufgeboten. Um 8 Uhr trat alles in Tätigkeit zum Gasangriff. Alle möglichen Stellungen wurden ausprobiert.

Nach Schluß der Veranstaltung erfolgte die Kritik. Auch die Kriminalpolizei durfte bei der Sache nicht fehlen. Es war der den Arbeitern gut bekannte Herr Ulrich da.

Zum Schluß der Veranstaltung gab es für die Mannschaften Freibier und Militärmusik der Werkkapelle!

Wir Proleten wissen, was diese Gaskriegsübungen zu bedeuten haben. Wir kennen die Bedeutung unserer Betriebe für den imperialistischen Krieg, wir wissen, daß wir die Sowjetunion, das Vaterland aller Werktätigen zu verteidigen haben.

Amsterdam

Die Antifaschistische Aktion als Waffe im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg

Die Tagung des Internationalen Kampfkongresses gegen den imperialistischen Krieg, die heute in Amsterdam beginnt, ist ein Auftakt zur größten internationalen Massenmobilisierung der Arbeiter und Werktätigen gegen den imperialistischen Krieg. Wir halten es für richtig, daß die einberufenden Komitees dem Kongreß zunächst keine weitergesteckten Ziele gegeben haben als die Aufmerksamkeit der breitesten Volksmassen auf die Gefahr der imperialistischen Kriege eindringlich hinzulenken, die Kampfnotwendigkeit und die Kampfmaßnahmen gegen die imperialistische Kriegspolitik aufzuzeigen und schließlich die Kampfverbundenheit in internationaler Solidarität mit ganzer Wucht und Größe zu demonstrieren.

Aber unsere Sache ist, die Bewegung zu fördern und weitertreiben und führen zu helfen.

In Genf auf der Abrüstungskonferenz tagten monatelang die Vertreter der imperialistischen Mächte, um gegenüber den klaren Vorschlägen der Sowjetmacht auf wirkliche Abrüstung die Durchführung der imperialistischen Kriegs- und Rüstungspolitik aller imperialistischen Mächte gegeneinander, gegen die unterdrückten und abhängigen Völker und vor allem gegen die Sowjetmacht zu sichern. Der Antikriegskongreß demonstriert den geschlossenen Kampfwillen des arbeitenden Volkes in allen Ländern gegen die Politik der imperialistischen Kriegstreiber.

Je näher der Termin des Kongresses herangerückt ist, um so stärker ist der Widerhall aus dem Lager der Arbeiter gewachsen. Der größte Teil der Arbeiterdelegationen ist erst in den letzten Wochen zustande gekommen. Die Arbeiterdelegationen werden dem Kongreß das Gepräge geben. Sie werden die Hegemonie des Proletariats gerade auch politisch durchzusetzen haben. Die Einberufer des Kongresses, mit den bekannten französischen Dichtern Henri Barbusse und Romain Rolland an der Spitze, haben die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg bereiten Kräfte unter Voranstellung der Arbeiterklasse und ihres Kampfes mit aller Deutlichkeit bekundet. Die Vorbereitung und Unterstützung dieses Kongresses von seiten des arbeitenden Volkes in Deutschland ist dabei zweifellos im Widerspruch zu der großen Bedeutung gerade Deutschlands in der jetzigen Lage ungenügend gewesen. Einen um so stärkeren Widerhall muß der Kongreß in Deutschland vor allem in den Betrieben und Gewerkschaften zur Förderung und Steigerung der Antifaschistischen Aktion finden.

Die deutschen Arbeiter aus den Rüstungsbetrieben, aus der Schwerindustrie und Groß-Chemie, die Arbeiterfrauen und Jungarbeiter, die Vertreter der Kriegsopfer und anderer Organisationen des Kampfes gegen den imperialistischen Kriegswahnsinn knüpfen Verbindungen mit den Vertretern der Werktätigen und ihrer antiimperialistischen und antikapitalistischen Organisationen. Diese Verbindungen müssen befestigt und ausgebaut werden auf der Grundlage der Steigerung des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik und für den Kampf um die nationale und soziale Befreiung des deutschen werktätigen Volkes in engster Verbundenheit mit den gewaltigsten Klassenkämpfen in den anderen Ländern.

Da sind die Arbeiter aus Belgien, aus Polen, aus der Tschecho-

Austräger des „Roten Echo“ überfallen

(Arbeiterkorrespondenz Dieskau)

Gestern abend gegen 6.30 Uhr wurde der Austräger des „Roten Echo“ in Dieskau von drei Nazibanditen überfallen. Die Nazis richteten den Genossen bestialisch zu. Meuchlings fielen sie über den Zeitungsausträger her, schlugen ihn mit einem harten Gegenstand auf den Kopf und ins Gesicht, bis er zu Boden fiel. Sie zerschlugen ihm das Gesicht und die Oberlippe. Die eine Gesichtshälfte ist vollkommen unkenntlich. Nach ihrem feigen Ueberfall suchten die braunen Bluthunde das Weite. Augenzeugen dieses Ueberfalles meldeten die Vorgänge sofort beim Landjäger. Der Landjäger sah die Verletzungen des Genossen und schritt trotzdem nicht ein. Er sagte, er könne erst etwas tun, wenn ein ärztliches Attest vorläge!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320827-19/fragment/page=0001

slowakei, Bauernvertreter aus Rumänien, antifaschistische Kämpfer aus Italien, Rumänien: sie alle übermitteln die Erfahrungen ihrer Kämpfe. Alle aber richten auch die Mahnung an die Vertreter aus Deutschland: euer Kampf gegen die faschistische Diktatur, gegen den braunen Mörderterror, gegen die Durchsetzung des faschistischen Wirtschaftsprogramms mit Beseitigung der Tarife und der Sozialversicherung, Senkung der Löhne und Unterstützung, Durchführung der Arbeitsdienstpflicht müssen zur breitesten und tiefsten Massenbewegung aller antikapitalistischen und antifaschistischen Kräfte gesteigert werden — gerade im Hinblick auf die gesteigerte Gefahr des imperialistischen Krieges!

Die Durchsetzung der faschistischen Diktatur in Deutschland bedeutet unmittelbar weitere Verschärfung der Kriegsgefahr: Die Zertrümmerung der Arbeiterbewegung, vollständige Beseitigung der noch bestehenden kümmerlichen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse gäbe den Weg frei, Deutschland zum Aufmarschgebiet, zur Menschen- und Rüstungskammer für den Krieg gegen die Sowjetunion zu machen. Die Streikkämpfe in Polen, in der Tschechoslowakei, ebenso wie die gewaltige Bewegung des Volkswiderstandes in China und die entscheidende revolutionäre antimilitaristische Arbeit in Japan — sie vermochten bisher die Durchführung der Kriegspläne der Imperialisten zu hemmen. Die Zurückschlagung der Angriffe des Hitlerfaschismus durch die Antifaschistische Aktion, die wachsende Kampfbereitschaft der deutschen Arbeiter gegen Lohnraub, gegen die Einspannung der Gewerkschaften in die faschistische Politik — das sind auch äußerst wichtige Faktoren gegen die imperialistische Kriegspolitik der deutschen wie der internationalen Bourgeoisie!

Es kommt um so mehr darauf an, die Antifaschistische Aktion bewußt zur Aktion gegen imperialistischen Krieg zu steigern, als nicht nur die offen faschistischen Organisationen die Kriegspolitik und Militarisierung — der Stahlhelmtag in Berlin ist eine große militaristische faschistische Demonstration — mit Arbeitsdienstpflicht und Forderung auf Ausbau und Umbau der Reichswehr, Zusammenarbeit zwischen den faschistischen Wehrverbänden und Reichswehr immer stärker proklamieren, sondern auch die sozialfaschistischen Führer mit immer größeren Betrugsmanövern und mit verbrecherischen Methoden sondergleichen die wachsende Front gegen Faschismus, Hunger und imperialistischen Krieg zu schwächen versuchen.

Die Führer der II. Internationale sind in Genf beim „Völkerbund" wie auf der Abrüstungskonferenz die entschiedensten Verfechter der Interessen ihrer Imperialisten — der Kampfkongreß in Amsterdam also hat es ihnen angetan: sie haben alles mobil gemacht, um die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen unteren Organisationen wie alle Mitglieder von der Beteiligung fernzuhalten. Die Politik der Regierungen könnte gestört werden.

In Deutschland aber verhandeln die Führer der reformistischen Gewerkschaften mit der faschistischen Regierung. Sie beteiligen sich an den Beratungen über die Durchführung der faschistischen Maßnahmen gegen das arbeitende Volk und seine Organisationen, sie treten aktiv gegen Streik- und Massenaktionen auf, sie suchen den Arbeiterkampf und die rote Einheitsfront zu lähmen. Viele dieser Führer bereiten sich zum offenen Ueberschwenken ins Hakenkreuzlager vor.

Wir stehen in Deutschland vor entscheidenden Kämpfen. Die Beispiele der kämpfenden Arbeiter in anderen Ländern — die Tatsache des gewaltigen Aufstiegs des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion — werden in Verbindung mit den Fragen des Krieges der Antifaschistischen Aktion einen neuen Ruck nach vorwärts geben. Von den Betrieben, Gewerkschaften und Stempelstellen aus wird der Kampf gegen die faschistische Diktatur, gegen das faschistische Wirtschaftsprogramm, gegen die faschistische, imperialistische Wehr- und Kriegspolitik, gegen die faschistische Mord- und Terrorpolitik tausendfach verstärkt werden.

Faschismus bedeutet Hunger und imperialistischen Krieg!

Sturz des Faschismus und Kapitalismus — das ist der Weg zur Verhinderung des Krieges! Der Feind steht im eigenen Land! So ruft uns Karl Liebknecht zu! Für die Politik von Versailles sollen wir hungern, bluten, Kriegsdienst leisten.

Gegen Versailles, für nationale und soziale Befreiung!

So begrüßen wir die Delegierten des Kongresses! So werden wir dazu helfen, den Kampfwillen des Proletariats und der Werktätigen gegen neuen imperialistischen Krieg zum Siege zu führen!

Noch mehr Hunger im Saalkreis

Neuer Unterstützungsabbau soll am 1. September erfolgen — Schändliche Demagogen[illegible] der SPD-Führer

(Eig. Meldg.) Halle, 27. August.

Es wird bekannt, daß die Kreisverwaltung des Saalkreises am 17. August beschloß, die Unterstützungssätze der Erwerbslosen ab 1. September zu senken und zwar wie folgt:

für alleinstehende Ledige und Haushaltungsvorstände auf monatlich 32 Mark von bisher 34 Mark;
für die Ehefrau soll der Zuschlag gesenkt werden auf monatlich 16 Mark statt bisher 17 Mark;
für Ledige, die im Haushalt von Angehörigen wohnen, sollen die Herabsetzungen erfolgen:
im Alter von 14—16 Jahren auf monatl. 12 (bisher 17 M.)
im Alter von 16—18 Jahren auf monatl. 14 (bisher 17 M.)
im Alter von über 18 Jahren auf monatl. 16 (bisher 17 M.)

In diesem Zusammenhang muß gleichzeitig die demagogische Rolle der SPD entlarvt werden. Bekanntlich wurde jetzt der sozialdemokratische Landrat Streicher durch den Preußenkommissar Bracht seines Amtes enthoben. Streicher wurde unter Blumenregen entlassen, und er forderte die Kreisbeamten auf, für die Papen- und Schleicher-Regierung treu zu dienen. Im „Volksblatt" wird dem starken Mann Streicher, der auch nur „der Gewalt wich", ein verlogener Nachruf gewidmet. Das „Volksblatt" schreibt da u. a.:

„Hervorragende Arbeit hat Genosse Streicher beso[illegible] dem Gebiet der sozialen Fürsorge geleistet. Die [illegible] munistisch gesponnenen Unterstützungsempfänger bürde[illegible] Leidwesen bald den Unterschied zwischen einer [illegible] tung mit einem „Sozialfaschisten" bzw. einem „[illegible] Reaktionär an der Spitze kennenlernen."

Jetzt wollen die SPD-Demagogen krähen, geben [illegible] Argument: Jetzt ist Streicher fort, jetzt werden die [illegible] gen gekürzt. Nun seht ihr, was ihr an Streicher hatt[illegible] verlogenen Brüdern muß man entgegenhalten, daß der [illegible] Unterstützungsabbau ab 1. September während der [illegible] Streichers von der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrh[illegible] Kreisverwaltung beschlossen wurde. Für diesen Abbau [illegible] stützungssätze stimmten neben den bürgerlichen Vertre[illegible] Werder-Reideburg, Wenich-Ammendorf, auch die [illegible] demokratischen Größen Rothe, Gemeindevorsteher in [illegible] und Schlüter-Könnern.

Die Erwerbslosen werden der verlogenen SPD-[illegible] die Maske vom Gesicht reißen. Dessen sind wir gewiß! [illegible] hören, führen die Erwerbslosenausschüsse in allen [illegible] Saalkreises Erwerbslosenversammlungen durch, in denen [illegible] nen geplanten Unterstützungsabbau Stellung genommen [illegible]

Die Nazis schlagen Kleinbauern nied[illegible]

Wüster Terror der Salzsteuersoldaten und braunen Systemhorden mahnt die Kleinbauern zur [illegible] reihung in die Antifaschistische Front

Die Nazis entpuppen sich immer mehr und mehr als die Feinde der Kleinbauern. In Eisenstock in Sachsen fand ein SS-Aufmarsch statt. Bei dieser Gelegenheit drohten sie dem Kleinbauern Zimmermann, daß sie ihm die „Bude" über dem Kopf anzünden wollen. Auf seinen Gehilfen schlugen sie ein, weil er nicht mit dem Hitler-Gruß grüßen wollte. Sie stürmten förmlich den Bauernhof und nur das entschlossene Auftreten des Landwirts hielt die Mordbanditen zurück.

In Wildental bei Eibenstock verübten die Nazis eine andere „Heldentat". Dorfselbst wollte ein 71 Jahre alter Bauer nicht dulden, daß die Nazis an seinem Anwesen Plakate anbringen. Darauf belagerten die Nazis den Hof und schlugen den Sohn des Bauern zusammen. Den Bauerngreis schlugen sie ebenfalls nieder und warfen ihn über einen zwei Meter hohen Zaun. Diese [illegible] taten müssen für alle werktätigen Bauern ein Signal sein, [illegible] die antifaschistische Front einzureihen.

Milchlieferungsstreik der Kleinbauern

Nazi-Unternehmer sabotieren den Kampf der armen Bauern!

In Rendel in Hessen, sind die Kleinbauern in den [illegible] streik getreten. Die Molkereien und Großabnehmer wollen [illegible] Preis, den die Bauern für die Milch erhalten (zwei[illegible] 14 Pfennig) noch weiter drücken. Die Molkereien [illegible] Montag nicht mehr die notwendige Literzahl zur Stadt [illegible] Ein Nazi-Milchgroßhändler, zu gleicher Zeit Besitzer der [illegible] machte sich noch lustig über die Kleinbauern, indem er sagte:

„Wir werden die Kleinbauern so lange ticken, bis [illegible] selbst mit der Milch anrücken."

So beurteilt dieser Nazi den Kampf der Kleinbauern um [illegible] Existenz. Die Proleten wissen ganz genau, daß der hohe [illegible] preis, der für die meisten Arbeiter unerschwinglich ist, nicht [illegible] des Kleinbauern ist, sondern durch die hohen Futterm[illegible] hervorgerufen wird, und schuldig sind auch die Großhändler, [illegible] den Bauer um den Preis der Produkte betrügen.

Piesteritzer Kanalisationsarbeiter im Streik

(Eig. Meld.) Piesteritz, 26. August.

Gestern verunglückte bei Kanalisationsarbeiten der Gemeinde Piesteritz der Arbeiter Willi Wollmer, Familienvater von fünf Kindern tödlich. Die Belegschaft trat sofort, nachdem der Verunglückte durch zweistündigen Ausgrabungen geborgen war, zu einer Versammlung zusammen und beschloß für diesen Tag den Streik. Folgende Forderungen wurden weiterhin aufgestellt:

Zahlung einer zehnprozentigen Gefahrenzulage.
Für die Familie des Verunglückten Weiterzahlung des vollen Lohnes bis zum Inkrafttreten der Rente.
Wahl einer Arbeiterkommission, die ständig die Unfallvorschriften und die Sicherungsmaßnahmen des Baues kontrolliert.
Für den Tag der Beerdigung Bezahlung eines halben Tages Proteststreik und geschlossene Beteiligung der Belegschaft.

Die Forderung der Bezahlung des halben Tages am Tage des Unglücks wurde bereits gestern bewilligt, des weiteren für einen Teil der Beschäftigten die zehnprozentige Zulage. Die Belegschaft stellte bis heute morgen 7 Uhr das Ultimatum, alle Forderungen zu bewilligen, die Gefahrenzulage für alle, widrigenfalls die Belegschaft in den Streik tritt.

Da heute morgen die Bauleitung die Forderungen nicht bewilligte, steht die Belegschaft bis jetzt geschlossen im Streik. Die Ursachen des Unglücks sind im allgemeinen die ungenügenden Sicherungsmaßnahmen.

Schuß auf Arbeiter: 16 Monate Gefä[illegible]

(Eig. Drahtm.) Berlin, 27. August.

Das Essener Sondergericht verurteilte gestern den Sch[illegible] Scheuen, der einen Schuß auf Arbeiter abgegeben [illegible] zu 16 Monaten Gefängnis. Damit verglichen [illegible] Schreckensurteil des Berliner Sondergerichts [illegible] gegen den Jungarbeiter Schmidke. Nicht bewiesener Schuß [illegible] Nazi: 10 Jahre Zuchthaus.

So wird gearbeitet

Heute früh hat der Stadtteil Norden von Halle 7[illegible] derexemplare des „Klassenkampf" zum Vertrieb [illegible] sozialdemokratischen Mitglieder des Volksb[illegible] bestattungsvereins bestellt. Ein nachahmens[illegible] Beispiel für alle Genossen im Bezirk.

2. Internationale und der japanische Raubkrieg

Das wahre Gesicht der Vandervelde und Hilferding — Enthüllungen über die Züricher Konferenz der II. Internationale

Die sozialdemokratische Presse hat den Amsterdamer Antikriegskongreß mit den niedrigsten Mitteln bekämpft. Dabei haben die SPD-Führer auch das Argument gebraucht, daß dieser Weltkongreß gegen den imperialistischen Krieg unnötig sei, da ja die Zweite Internationale gegen einen neuen Krieg wäre. Es wurde verwiesen auf die Resolution der Züricher Tagung des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale am 19. und 20. Mai 1932.

Gewiß haben die Führer der Zweiten Internationale auf ihrer Züricher Tagung eine Resolution angenommen, in der sich die Zweite Internationale in Worten für die „Solidarität mit der Sowjetunion" ausspricht.

Aber was haben auf dieser Tagung die Führer der Zweiten Internationale untereinander besprochen? Die Resolution wurde eingebracht von dem französischen sozialdemokratischen Führer Renaudel, und Renaudel ist es, der dieser Tage in seiner Zeitschrift „Vie socialiste" die Ausführungen der einzelnen Redner auf der Züricher Konferenz veröffentlicht hat. Zweifellos wollte Renaudel damit die französische Bourgeoisie beruhigen und ihr zeigen daß sie die „Kriegsgegnerschaft" der Zweiten Internationale nicht zu fürchten brauche. Wir unterbreiten der Arbeiterschaft hiermit folgenden Auszug aus den Aufzeichnungen Renaudels:

Vandervelde:

Der Angriffswille Japans steht noch nicht fest. Uebrigens ist es wichtig, daß die Sozialistische Internationale ihre traditionelle Politik Sowjetrußland gegenüber nicht vergißt. Vergessen wir mithin nicht, daß wir auf unseren Kongressen in Marseille und Brüssel behauptet haben, daß die Sowjets ein Kriegsherd sind, daß sie den Krieg anstiften, daß sie den Krieg wollen.

Der russiche Menschewist Dan:

Wir befinden uns zwei imperialistischen Ländern gegenüber: dem japanischen und dem bolschewistischen Imperialismus. Wir wollen weder mit dem einen noch mit dem anderen etwas zu tun haben.

Renaudel:

„Rußland betreibt eine gegen Asien gerichtete Expansionspolitik (mithin eine imperialistische Politik!). Wir können keine Wahl treffen zwischen der Diktatur der Sowjets und der Diktatur Mussolinis. Die Sowjetunion möge ein Schiedsverfahren bei dem Völkerbund beantragen, denn nichts geht über den Völkerbund. Uebrigens ist die Sowjetunion fast ebenso tadelnswert wie der japanische Militarismus."

Der Menschewik Abramowitsch:

„Wir dürfen keineswegs gemeinsame Sache mit dem Bolschewismus machen. Nach fünf oder sechs Jahren, nach der Beendigung des Fünfjahrplanes, kann Stalin in Versuchung kommen, im Fernen Osten Krieg zu führen."

Hilferding, Deutschland:

„Ich bin kein Anhänger eines japanischen Sieges und einer Niederlage der Sowjets. Ich bin aber auch nicht für den umgekehrten Fall. Der Sieg der Sowjets über Japan wäre ebenso vernichtend für die europäische Demokratie und würde die Aufrichtung der proletarischen Diktatur bis zum Rhein [illegible] Folge haben."

Die Arbeiter sehen, wie die „Solidarität" der Führer [illegible] II. Internationale für die Sowjetunion aussieht. Warum [illegible] so werden die Arbeiter fragen, haben die Führer, die mit [illegible] solchen Haß von der Sowjetunion sprachen, eine derartige [illegible] tion angenommen? Die Arbeiter finden die Antwort, wenn [illegible] Ausführungen des „linken" Schweizer sozialdemokratischen [illegible] Grimm lesen, der sich folgendermaßen ausdrückte:

„Die moralische Niederlage des Völkerbundes bedeutet, [illegible] man sich lächerlich macht, wenn man sich an ihn um Hilfe [illegible] Wenn das Proletariat sich einst in diesem Dilemma befi[illegible] sollte, würde die große Mehrheit der Arbeiterschaft mit ganzem Herzen auf seiten Sowjetrußlands stehen. Uebrigens würde es die Arbeiterschaft vorziehen, zusammen mit den Russen hundertfach unglücklicher zu sein, als noch länger das kapitalistische System zu tragen."

Also nur, weil die sozialdemokratischen Führer wissen, daß die überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft für die Verteidigung der Sowjetunion ist, reden sie so, als ob sie auch für den Sozialismus der Sowjetunion wären. Sie wollen die Arbeiter nicht durch [illegible] Offenheit abstoßen, sie wollen ja ihren Einfluß auf die Arbeitermassen behalten. Aber es ist klar, daß diese sozialdemokratischen Führer im entscheidenden Augenblick so handeln werden, wie [illegible] das Klasseninteresse der Bourgeoisie, der sie dienen, ihnen [illegible] Die Führer der II. Internationale gingen deshalb nicht zum Kongreß gegen den imperialistischen Krieg, weil sie dort ihr wahres Gesicht hätten offener zeigen müssen.

Für die Arbeiter aller Länder ergibt sich daraus, daß den [illegible] demokratischen Führern nicht das geringste Vertrauen [illegible] werden kann. Alle Arbeiter, die wirklich den Kampf gegen den imperialistischen Krieg wollen, müssen sich zusammenschließen zu einer festen Einheitsfront, zur Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion.

SA-Führer als Mörder eines Reichsbannermanns gefaßt!

Am Sonntag nach der Wahl wurde auf der Chaussee zwischen Kruch und Hochkretschmann im Kreise Leobschütz der Reichsbannerführer Simsch aus Nasiedel von Nationalsozialisten ermordet. Jetzt hat die Ratiborer Polizei den SA-Motorrad-Staffelführer Bantsch aus Branitz (Kreis Leobschütz) als der Tat dringend verdächtig festgenommen und in das Ratiborer Gefängnis eingeliefert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320827-19/fragment/page=0002

Wachsender Einfluß der RGO. in Belgien

Der Streik der belgischen Bergarbeiter geht weiter

Die 105 000 Kumpels setzen ungebrochen ihren Kampf weiter und fordern dringender denn je die Verbreiterung des Streiks. Sie haben begriffen, daß ihr Schicksal in ihren eigenen Händen liegt, und daß sie nur durch den entschlossenen und entschiedenen Kampf der Arbeiter der wichtigsten Industrien ihre Forderungen durchsetzen werden.

Indessen verhandeln die reformistischen Führer insgeheim in den Ministerien und bei den Kohlenbaronen. Um die Verbreiterung des Streiks zu verhindern, versuchen sie, die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf ihre Verhandlungen über „Einschränkung der Einfuhr ausländischer Kohle" zu lenken. Dies war der Zweck ihres Besuchs beim Arbeitsminister am Dienstag. Aber auch dies half ihnen nichts. Denn die deutsch-belgischen Verhandlungen hatten nicht den erwarteten Erfolg, und die belgische Regierung ist nicht imstande, der Forderung der belgischen Kohlenbarone von Herabsetzung der Einfuhr auf 28 Prozent des Quantums von 1930 nachzukommen. „Somit blieb die erwartete günstige Einwirkung auf den Streik aus" — schreibt „Peuple", das Organ der belgischen Reformisten, am 24. August. Damit geben die Herrschaften zu, daß, obwohl die Verbandsbürokratie die Forderungen der Kohlenbarone mit der üblichen Treue vertreten hatte, es ihnen nicht gelang, den Streik zu brechen.

Die Arbeiter lassen sich aber durch diese verräterischen Manöver nicht ablenken. Im Zentralen Bergbaurevier reißt die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Führung an sich. In diesem Revier konzentrieren jetzt die Streikenden ihre Hauptkräfte, und sie entfalten dort alle ihre Kräfte, um von ihren eigenen Mitgliedern nicht hinweggefegt zu werden. Am Montag, dem 22. August, fand in Jolimont eine Delegiertenversammlung des Reviers statt. Die schärfste Mitgliedskontrolle wurde durchgeführt, die Rollkommando der sogenannten „Arbeitermilizen" wurden im Saal eingesetzt, vor dem Lokal stand die Gendarmerie „bereit". 3000 Bergarbeiter füllten die Hauptsaal, Nebensäle und Bühne waren gleichfalls überfüllt.

Als Referent war der Generalsekretär des Verbandes, Delattre — der Sekretär der Bergarbeiterinternationale —, persönlich erschienen. Und was waren seine ersten Worte? Das Organ der Reformisten selbst berichtet, mußte er einleitend die Frage stellen: „Bin ich denn euer Feind oder euer Freund?" Seine ganze Rede war eine Abwehr der revolutionären Taktik der RGO. Während die Arbeiter in der Diskussion und in Resolutionen vieler Zahlstellen die Forderung der RGO. „Nieder mit dem Hungervertrag!" erhoben, mußte er diesen Hungervertrag verteidigen. Während die Arbeiter die Verweigerung der Notstandsarbeiten forderten, verteidigte er die Organisierung der Notstandsarbeiten unter der Kontrolle des Gewerkschaftsapparates. Vier Stunden lang mußte Delattre den Ansturm der Gewerkschaftsmitglieder über sich ergehen lassen, vier Stunden lang hetzte er gegen die Unorganisierten, gegen die Kommunisten, gegen die Arbeiter, die im Jahre 1929 nicht mehr für die Sozialdemokratie stimmten und ihr einen Verlust von zehn Sitzen verursachten! Er wußte nichts anderes, als zu bedauern, daß die Gewerkschaftsmitglieder die Losungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition übernehmen . . .

Zu den Tagungen des Verbandes werden keine ausländischen Journalisten mehr zugelassen, auch nicht bürgerliche, weil auch sie „zu viel" berichtet haben. Die Vertreter der revolutionären Presse, der „Humanité" (Frankreich) und der „Roten Fahne", wurden aus Belgien ausgewiesen. Aber aus den Spalten der eigenen Presse der Reformisten kann man sehen, in welcher Bedrängnis sie sind. Ueber das Ergebnis der Konferenz werden wir uns erst ein Urteil bilden, wenn wir das Organ der zentralen Streikleitung, die „Bataille de Classe", das einzige Organ der Streikenden, erhalten. Wir werden dann auf diese bedeutsame Konferenz zurückkommen.

Der beste Gruß für den Internationalen Antikriegskongreß

Aktion gegen Kriegsmanöver

Französische Arbeiter verhindern Abhaltung der Luftmanöver von Dijon

Paris, 26. August (Eig. Meldung). Wir berichteten bereits gestern über die riesigen Kriegsmanöver, die der französische Imperialismus gegenwärtig im östlichen Frankreich unternimmt. Diesen Manövern kommt für die Vorbereitung des imperialistischen Krieges eine außerordentliche Bedeutung zu.

Wie unser französisches Bruderblatt meldet, hat sich die werktätige Bevölkerung von Dijon in heftigen Kundgebungen und Demonstrationen gegen diese verbrecherischen Kriegsvorbereitungen erhoben. Die Arbeiter von Dijon gaben ein flammendes Beispiel, wie gegen die Vorbereitung des imperialistischen Krieges gekämpft werden muß. Zur selben Stunde, wo der Fliegerangriff dargestellt werden sollte und der gesamten Bevölkerung aufgegeben worden war, das Licht zu verlöschen und sich in den Wohnungen einzuschließen, gingen über 5000 Demonstranten auf die Straße, indem sie gegen die Kriegsmanöver manifestierten.

Die Polizei war angesichts dieser Massen machtlos. Nach heftigen Kämpfen wurde sie buchstäblich überschwemmt. Die Arbeiter setzten sämtliche Laternen wieder in Funktion, so daß die ganze Stadt in kürzester Zeit im hellsten Lichterglanz erstrahlte. Außerdem entzündeten sie noch bengalische Feuer, um die Manöver unter allen Umständen unmöglich zu machen. Angesichts dieser Massenaktion konnte auch tatsächlich das Manöver nicht abgehalten werden.

Diese Aktion ist ein Signal des Kampfes gegen die imperialistischen Kriegstreiber, sie ist der beste Gruß an den Internationalen Antikriegskongreß in Amsterdam, der Samstag trotz aller Schikanen der holländischen Regierung eröffnet wird. Die Kraft des Proletariats allein ist imstande, den Kriegstreibern ihr blutiges Handwerk zu legen.

Terror gegen Antikriegskongreß

Neben Sowjetdelegierten auch polnischen, tschechischen und Balkandelegierten Einreise nach Amsterdam untersagt

Amsterdam, 26. August (Eig. Meld.) Durch den infamen Beschluß der holländischen Regierung, zu dem Antikriegskongreß in Amsterdam nur Teilnehmer zuzulassen, für deren Länder zur Einreise nach Holland kein Visumzwang besteht, sind nicht nur die sowjetrussischen Delegierten an der Teilnahme verhindert worden, sondern ebenso geht es auch den polnischen, tschechischen und Balkandelegierten. Es handelt sich bei den letzteren also gerade um die Länder, die am fieberhaftesten zum Krieg gegen die Sowjetunion rüsten, so daß der holländische Imperialismus den Kriegstreibern dieser Länder einen besonderen Liebesdienst erwiesen hat.

Erhebt überall die Stimme des Protests gegen diese Maßnahmen gegen den Kampfkongreß vom Amsterdam! Nun erst recht sollen die Imperialisten erfahren, daß der Kampfaufruf, der von Amsterdam ausgeht, von Millionen und aber Millionen von Proletariern in der ganzen Welt gehört und verstanden werden wird.

Japanische Offensive auf Schanghai bevorstehend

Alarm! Höchste Zuspitzung der Kriegslage im Fernen Osten

Schanghai, 26. August (Eig. Meldung). Aus dem Fernen Osten treffen alarmierende Nachrichten ein. Auch der provokatorischen Rede des japanischen Außenministers in der Frage der Kolonisierung der Mandschurei haben nunmehr riesige japanische Truppentransporte nach Schanghai statt, die von den japanischen Kriegsräubern damit „begründet" werden, „daß die Landung der Truppen zum Schutz der japanischen Interessen und insbesondere zur Sicherstellung der von den Chinesen bedrohten telegraphischen Verbindung erfolgt sei".

Man kennt den Zynismus des japanischen Imperialismus, um zu wissen, was solche Erklärungen bedeuten. Es sind das Vorspiel zu einem neuen Raubzug im Fernen Osten. Der werktätigen Bevölkerung Chinas bemächtigt sich eine wachsende Empörung, besonders, da die Nankingtang-Regierung natürlich nicht das Geringste gegen die japanischen Annexionspläne unternimmt.

Von noch größerer Bedeutung fast ist die Tatsache, daß Japan die südmandschurische Eisenbahn beauftragt hat, einen Seehafen bei Raschin (Mandschurei) am Japanischen Meer so schnell wie möglich fertigzustellen. Offiziell wird erklärt, daß dieser Hafen als strategischer Stützpunkt für eine Bahnverbindung von Kirin über Tnhwa und Langtschingtsun gedacht ist und Japan eine militärische Operationsbasis geben, die derjenigen Wladiwostoks ebenbürtig sein soll. Es ist klar, daß dieser strategische Stützpunkt vom japanischen Imperialismus als Basis für einen kriegerischen Angriff gegen die Sowjetunion gedacht ist.

Angesichts dieser Vorgänge ist es von allergrößter Bedeutung, daß die revolutionäre antiimperialistische Bewegung in der Mandschurei einen erneuten Aufschwung nimmt. In der Provinz Jehol sind die Japaner von chinesischen Partisanen in heldenmütigem Kampfe zurückgeworfen worden.

Alarmsignale für das internationale Proletariat! Wieder werden die Kanonen im Fernen Osten dröhnen und dieser Kanonendonner soll nur die Einleitung sein zum großen Weltmorden, das die imperialistischen Brandstifter gegen die Sowjetunion in Szene setzen wollen. Diese Geschehnisse beweisen am besten die gewaltige Bedeutung des Internationalen Antikriegskongresses, der am Samstag in Amsterdam zusammentritt. Von diesem Kongreß müssen die organisierenden Kräfte ausgehen, die in allen Ländern der Erde das Banner des revolutionären Antikriegskampfes entfalten und den Kriegsräubern künden, daß sie Sturm ernten werden, indem sie Wind säen.

Kampf für die wirtschaftlichen Forderungen der Rekruten

Prag, 23. August. In Nürschan, im Pilsener Gebiet, stellten die arbeitslosen Rekruten die Forderung auf, daß ihnen aus Gemeindemitteln 100 Kronen vor dem Eintrücken zum Militär ausbezahlt werden. Die Kommunistische Fraktion überreichte diesen Antrag dem Stadtrat, der mit Rücksicht auf die schlechte finanzielle Situation der Gemeinde die Auszahlung von 50 Kronen an jeden Rekruten beschloß.

Mike Pell:

S.S. UTAH

Roman einer amerikanischen Schiffsmannschaft

Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

(Fortsetzung)

„Gibt's denn das noch?" rief Eddie höhnisch.

„Angenommen es gibt einen," erwiderte Slim, „dann müßte die Bolschewiken lieben, die das Pfaffengesindel zum Lande hinausgejagt haben und Löhne und Arbeitsbedingungen ständig bessern!"

„Stimmt", sagte Jackson. „Ich habe gelesen, die Kapitalisten machen was von Zwangsarbeit bei uns. Mein Vater hat in den Südstaaten und in Zentralamerika gearbeitet. Der kann ein Lied von Zwangsarbeit singen. Er meint natürlich, die Neger und Dagos dort verdienen nichts Besseres. Er erzählte mir, daß die United Fruit Company die Eingeborenen zu jahrelanger ununterbrochener Arbeit in der Tropensonne zwingt und sie dann mit einigen Cents abspeist. In den Salpeterminen Chiles, wo Wallstreet herrscht, müssen achtjährige Kinder schuften. Bei einem Unfall fand man dort die Leichen von zwölf achtjährigen Kindern!"

„Wer weiß?" warf der Professor ein. „Wahrscheinlich haben armselige Eltern ihre Kinder zu dieser Arbeit gezwungen!"

Jackson wischte sich den Schnurrbart und betrachtete aufmerksam den Sprecher.

„Bist du Prolet? Natürlich nicht! Du hast dich als Kind nicht abrackern müssen, sonst würdest du nicht so reden."

Der Professor wurde plötzlich proletarisch. „Ich habe nichts von dem Gelde meines Alten zu tun. Ich erarbeite mir den Weg durch die Universität. Was ich auf dieser Reise verdiene, wird auch dabei helfen."

„Keine Aufregung!" lachte Jackson. „Deine Bemerkung zeigt, daß du die Wirklichkeit noch nicht mit wachen Augen siehst."

„Well, zeigen Sie mir, wo solche Zustände in den Staaten bestehen", prustete der Professor.

„Wo? Wo nicht! Kettenkolonnen in Georgia und Florida. Textilfabriken in den Südstaaten. Negerkinder in den Baumwoll- und Tabakplantagen . . ."

„Da kann ich auch mitreden," unterbrach Stanley, „unten im Drehbassin bei Houston in Texas wurde ich mal verhaftet, weil ich obdachlos war und bekam dreißig Tage Zwangsarbeit auf einer Erbsenfarm. Arbeit von morgens bis nachts. Und wenn du nicht genug geschwitzt hast, dann gibt es den Gummischlauch über den Rücken! Und nach den dreißig Tagen Zwangsarbeit, was meinst du, was ich dafür bekommen habe?"

„Dreißig Cents!" lachte Jackson.

„Dreißig Cents? Schiet! Diese Hunde haben mich und einige andere nach der Stadtgrenze gebracht und uns gewarnt, wenn wir uns wieder blicken ließen, bekämen wir sechzig Tage!"

Hier warf Jackson ein: „Nun, wißt ihr, daß hier in der Sowjetunion sogar die Gefangenen für ihre Arbeit bezahlt werden, ihre Komitees haben und praktisch ihr Gefängnis selbst verwalten?"

„Tatsächlich?"

„Ja, warum fordert ihr nicht, daß der Klub mit euch eine Exkursion in ein Gefängnis organisiert?"

Stanley sah Slim an. Dieser meinte: „Ja, wir hätten das machen können, aber unser Kasten lärft jetzt bald aus."

„Sag' mal, ihr geht doch von hier nach Polen, ja?"

„Ja, nach Gdingen."

„Well, haltet dort die Augen offen, Kerls! In der letzten Woche hatte dort ein Dampfer allerhand Kisten geladen. Keiner von den Schauerleuten wußte, daß darin Gas verpackt war. Well, eine Kiste fällt zu Boden, die innere Metallverpackung springt entzwei, Gas strömt aus, und zwei Hafenarbeiter gehen hops dabei. Legen die Hafenarbeiter sofort die Arbeit nieder, demonstrieren nach dem Hafenkommandanten! Verladung soll eingestellt werden! Die Hafenverwaltung verweigert jede Verhandlung und läßt Matrosen von der polnischen Kriegsflotte gegen die Arbeiter aufmarschieren. Die Matrosen weigern sich, gegen die Proleten vorzugehen. Ulanen werden eingesetzt. Dieselbe Geschichte. Schließlich wird eine Kompagnie aus Seekadetten, Gendarmen und Ulanenoffizieren gegen die Arbeiter vorgeschickt. Die schießen ohne jede Warnung mitten hinein in die Demonstration, die jetzt schon auf Tausende angewachsen ist. Vierzehn Arbeiter sind tot, 34 verletzt. Nachher werden 223 Männer und Frauen verhaftet."

Scharfe Erregung packte die Leute bei dieser Nachricht. Barney, Shorty und der Bootsmann kamen herbeigelaufen. Jackson fuhr fort:

„Der Hafenkommandant hat sofort die rote Hafenarbeitergewerkschaft aufgelöst, Streikverbot erlassen. Trotzdem streikt die gesamte Hafenarbeiterschaft weiter! Nun werden ehemalige Legionäre und faschistische Schützen zur Munitionsverladung benutzt. Diese Bande ist aber durch die Tapferkeit der Arbeiter an ihrer verbrecherischen Tätigkeit gehindert worden."

„Bravo, bravo!" riefen die Leute. „Wußte gar nicht, daß die Polacken solchen Mut haben!"

„Noch heute sind die Hafenarbeiter so wütend und so scharf auf die Streikbrecher, daß der Kommandant trotz des allerschärfsten Terrors noch nicht einen einzigen Dampfer ladeklar gekriegt hat."

„Verflucht nochmal!" fuhr Stanley auf, mit der Faust auf die Bank trommelnd. „Und wir lassen auf unsern Kasten nicht einen einzigen gottverdammten Streikbrecher rauf, wenn wir in Gdingen sind!"

„Richtig!" riefen Shorty und Gunnar zusammen. „Sonst treten wir mit in den Streik!"

Jedermann — selbst der pflegmatische Lag — war erregt. Alle möglichen Ideen packten die Leute: Streiken —, das Schiff in Gdingen nicht einlaufen lassen —, die Streikbrecher an Bord kommen lassen, sie dann verprügeln und ins Meer werfen! . . . Der junge Eddie schlug vor, eine Sammlung für die Streikenden vorzunehmen. Das wurde sofort durchgeführt. Eddie und der polnische Leichtmatrose reichten eine Liste herum. In ganz kurzer Zeit waren über 30 Dollar bereits gezeichnet. Der kleine Finnch, der Bootsmann, die Stewards, — alle steuerten etwas bei.

Es wurde noch lange diskutiert. Dann endlich machte Jackson sich auf den Heimweg. Die Leute versprachen ihm, von Gdingen aus zu berichten, wie dort die Aktion stand.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320827-19/fragment/page=0003

Polizeibeamte in Mecklenburg müssen Nazis sein

Ein Erlaß, der Bände spricht

Der nationalsozialistische Kommandeur der mecklenburgischen Ordnungspolizei, Heydemann, hat vor einigen Tagen einen Erlaß an die Polizeibeamten herausgegeben, in dem er nicht mehr und nicht weniger fordert, daß alle Polizeibeamten Nazis sein müssen und allen Andersgesinnten androht, daß gegen sie „unnachsichtlich eingeschritten" wird. Wörtlich heißt es in dem Erlaß:

„In Auslegung eines Paragraphen des Ordnungspolizeibeamtengesetzes wird darauf hingewiesen, daß die Betundung von Vaterlandsliebe, von positiver Einstellung zur nationalen Volksgemeinschaft, das Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit sowie die Ausprägung und Förderung des politischen Ehrgefühls und deutschen Freiheitsgedankens als höchstes Gut des Volkes nie als parteipolitische Betätigung und Agitation betrachtet werden kann. Vielmehr wird von jedem Polizeibeamten, in Sonderheit aber von den Führern, erwartet, daß sie sich für die bezeichneten nationalen Gedanken mit ganzer Kraft einsetzen, damit sie Gemeingut der Ordnungspolizei und darüber hinaus des ganzen Volkes werden.

Polizeibeamte, die in diesem Sinne wirken und bereits gewirkt haben, verdienen die besondere Anerkennung. Polizeibeamte aber, die entgegengesetzt tätig sind und dieses Streben nach Einigung, Freiheit und Wehrhaftigkeit im nationalen und vaterländischen Sinne bekämpfen, verletzen damit das ureigenste Gut des deutschen Volkes. Sie betätigen sich parteipolitisch und begehen damit einen schweren Verstoß gegen § 4 des Gesetzes über die Ordnungspolizei. Gegen solche Beamte wird bei gleichzeitiger Meldung an den Leiter der Ordnungspolizei unter Hinzuziehung des § 22 des Gesetzes über die Ordnungspolizei unnachsichtlich eingeschritten."

Der Erlaß ist deutlich genug: Wer bei der Polizei nationalsozialistische Agitation treibt — „verdient besondere Anerkennung", wer aber nicht Nazi oder gar gegen sie ist, der „verletzt die Vaterlandsliebe", das „Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit" und das „völkische Ehrgefühl" und — fliegt. Damit erhalten die Beamten einen eindringlichen Anschauungsunterricht davon, was sie von dem vielgerühmten „Dritten Reich Hitlers" zu erwarten haben.

Zentrum- und Nazi-Kuhhandel wird fortgesetzt

(Eig. Meldg.) **Berlin**, 27. August.

Die offizielle Parteikorrespondenz der Bayrischen Volkspartei teilt mit, daß die Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP über eine Regierungsbildung in Preußen und im Reich bis zur Stunde keinesfalls als endgültig gescheitert oder völlig aussichtslos bezeichnet werden können. Auch im offiziellen Pressedienst des Zentrums werden jetzt diese Verhandlungen zugegeben und den Nazis das Zeugnis ausgestellt, daß sie „wahrhaft national und vaterlandsliebend" sind.

Bei allen Arbeiteranhängern der Zentrumspartei werden diese Aeußerungen der Zentrumsführer nur die größte Empörung auslösen können.

Wegen Kritik am Schreckensurteil verboten

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 27. August.

Der Berliner Polizeipräsident hat gestern die Arbeiterzeitung „Berlin am Morgen" bis 2. September verboten. Zur Verbotsbegründung wurde der Artikel herangezogen, in dem „Berlin am **Morgen" das Berliner Schreckensurteil kritisierte.**

Die Krankenkasse um 4500 Mark geschädigt

Das Schöffengericht Halle verurteilte wegen gemeinschaftlicher fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit fortgesetztem Betrug den 35jährigen Krankenkassenangestellten Grauert sowie den 38jährigen Bauarbeiter Schatz und dessen Ehefrau zu je einem Jahr Gefängnis. Grauert, der als Schalterbeamter bei der Kasse tätig war, hatte für die Eheleute Schatz, die gar nicht der Kasse angehörten, Krankenscheine ausgestellt und ihnen im Laufe eines Jahres über 4500 Mark Krankengelder angewiesen. Die Betrügereien wurden erst durch einen anonymen Brief sowohl an die Kassenleitung, als auch an die Kriminalpolizei aufgedeckt. Grauert, der es durch sehr geschickte Manipulationen verstanden hatte, die Kontrolle zu hintertreiben, behauptete, dem Angeklagten Schatz einmal aus Mitleid einen Krankenschein für das Zahnärztliche Institut ausgestellt zu haben; später habe ihn Sch. durch Drohungen zu neuen Zahlungsanweisungen gezwungen. Die Eheleute Schatz bestritten das und gaben an, daß Grauert die Hälfte der veruntreuten Summe erhalten habe.

Das Pferd ging durch

Am 25. August gegen 16.15 Uhr scheute am Waisenhausring ein vor einen Wagen gespanntes Pferd. Das Pferd galoppierte mit dem Wagen, auf dem sich der Fahrer befand, in Richtung Francke-Platz. Dort kam das Gespann zum Stehen, da das linke Vorderrad sich an einem Pfahl der Fußgängersperrkette festgefahren hatte. Durch den Anprall stürzte der Kutscher vom Wagen und erlitt Prellungen an der rechten Schulter. Er wurde dem Elisabeth-Krankenhaus zugeführt. Das Pferd trug leichte Hautabschürfungen an den Hinterbeinen davon. Der Wagen wurde erheblich beschädigt.

Blumentag der Hallischen Kleingärtnerschaft. Die Hallische Kleingärtnerschaft veranstaltet Sonntag, den 28. August 1932, zum ersten Male einen Blumentag. Sämtliche Anstalten Halles — Krankenhäuser, Kliniken, auch Privatkliniken, Altersheim, Obdachlosenasyl usw. — werden an diesem Tage mit Blumen beschickt. Einigen schwer bedrängten Anstalten soll auch nach Halle durch freiwillige Spenden an Obst und Gemüse gedacht werden. Zu diesem Zwecke hat die Organisation (Ortsverband Halle im Reichsverbande der Kleingartenvereine Deutschlands) Sammelstellen eingerichtet, und zwar im Süden: Schreberhaus Paul Riebodstift, Merseburger Straße; im Norden: Schreberhäuschen am Waisenberg und im Osten: Schreberhaus Schloß-Freiimfelder Straße. An alle Kleingärtnerinnen und Kleingärtner ergeht noch einmal die dringende Bitte, auch dieses Werk durch reichliche Spenden tatkräftig zu unterstützen.

Marxistische Arbeiterschule

Schullokal: Charlottenstraße 9, Gartenhaus — Sprechzeit und Unterrichtsberatung täglich von 10—12, 14—17 und 19—20 Uhr.

Lehrplan der Woche

Montag, den 29. August, 17 Uhr: Russisch.
Montag, den 29. August, 20 Uhr: Politische Oekonomie.
Montag, den 29. August, 20 Uhr: Sexualfragen.
Dienstag, den 30. August, 20 Uhr: Genossenschaftsfragen.
Dienstag, den 30. August, 20 Uhr: Englisch.
Mittwoch, den 31. August, 17 Uhr: Russisch.
Mittwoch, den 31. August, 20 Uhr: Presse und Reportage.
Mittwoch, den 31. August, 20 Uhr: Der 2. Fünfjahrplan (Vortrag).
Donnerstag, den 1. September, 20 Uhr: Fortpflanzung und Zeugung.
Donnerstag, den 1. September, 20 Uhr: Dichtung und Musik im Lichte des historischen Materialismus.
Freitag, den 2. September, 20 Uhr: Englisch.
Freitag, den 2. September, 20 Uhr: Lichtbildvortrag: Die Entwicklung des Menschen.
Sonnabend, den 3. September, 17 Uhr: Russisch.

Roter Sport am Wochenend

Eine Reihe Sportfeste beleben die sportlichen Veranstaltungen im Bezirk.

In **Sangerhausen** und **Groß-Osterhausen** steigen diese bereits heute abend und morgen.

In **Weßmar** spielen zum roten Sportfest sechs Mannschaften, 12.30 Uhr großer Festumzug.

In **Wettin** steigt 17 Uhr ein Propaganda-Fußballspiel FSV Halle 1—Könnern 1.

In **Lieskau** spielt Jahn Eisleben 1, 17 Uhr.

In den Bezirken **Bitterfeld, Wittenberg** und **Weißenfels** finden Serienspiele statt.

In **Halle** spielen die Fußballer auf den Sportplätzen Sandanger, Süden, Merseburger Straße, Stadion und Brandberge. Ferner in Wörmlitz, Reideburg, Dölau, Cöllme, Nietleben, Gröbers, Merseburg, Döllnitz, Teicha, Eisdorf, Bennstedt und Löbejün.

Bezirk Halle, Fußballsparte

Montag beginnt die Geschäftsstunde um 19 Uhr. Es werden die Serien-Terminlisten ausgegeben. Jeder Verein hat die bestellte Anzahl gegen Zahlung (à 10 Pfennig) in Empfang zu nehmen.

J. A.: Brandt.

Freie Sportvereinigung Gerbstedt. Fußball-Leiter ist nicht mehr K. Preßau. Alle Anschriften an Sportgenossen Otto Lieske, Gerbstedt, Hofstraße 3.

Spielgemeinschaft. Fichte-Forst (Bauska), Bezirksmeister, sucht Spiele auf eigenem Platz. Bedingungen: Freie Verpflegung, Quartier und Rückspiel. Anschriften: Max Böhm, Forst (Bauska), Kurze Str. 4.

ASK-Sportlerinnen zur Kenntnis, daß das Spiel gegen FSV nicht 15 Uhr, sondern von 10—11 Uhr stattfinden muß. FSV-Halle. J. A.: G. Gall.

Berichterstattung

Die Berichte sind z. T. noch immer zu lang. Es genügen kurze, aber inhaltreiche Zeilen, um somit allen Bezirken gerecht zu werden. Bezirk Halle berichtet nach dem Büro der Handelszeitung, Tel. 322 61. Bitterfeld nach Lokal Naumann und Weißenfels nach Nr. 254.

Alle sogenannten amtlichen Nachrichten der Landessparten, Bezirkssparten oder Kreisbezirke müssen bis Donnerstag, aber höchstens Freitag, in der Landesleitung abgegeben sein, sonst können sie nicht veröffentlicht werden. Montags werden nur Spielberichte gebracht. Presold, Ohmann.

Bezirk Weißenfels, Fußball

Resultate der Serienspiele

Theißen 1—93-Weißenfels 1 1:6; Union-Weißenfels 1—Hohenmölsen 1 0:4; Zorbau 1—Naumburg 1 8:1; Zeitz 1—Pelitz 1 5:4; Teuche 1—Kretzschau 1 2:6.

					Tore	Punkte
Zorbau	1	1	—	—	8:1	2:0
93-Weißenfels	1	1	—	—	6:1	2:0
Hohenmölsen	1	1	—	—	4:0	2:0
Kretzschau	1	1	—	—	6:2	2:0
Zeitz	1	1	—	—	5:4	2:0
Pelitz	1	—	—	1	4:5	0:2
Teuche	1	—	—	1	2:6	0:2
Union-Weißenfels	1	—	—	1	0:4	0:2
Theißen	1	—	—	1	1:6	0:2
Naumburg	1	—	—	1	1:8	0:2

2. Klasse. Granschütz 1—93-Weißenfels 2 0:10; Zorbau 2—Naumburg 2 9:1; Zeitz 2—Crossen 1 4:2; Theißen 2—Osterfeld 2 (abgebr.); Rasdorf 1—Breitenbach 1 5:0.

3. Klasse. Tagewerben 1—93-Weißenfels 3 2:15; Zorbau 3—Naumburg 2 8:1; Granschütz 2—93-Weißenfels 4 2:6; 93-Weißenfels 5—Hohenmölsen 2 0:6.

Jugend. Tagewerben—93-Weißenfels 1 1:9; 93-Weißenfels 2—Hohenmölsen 2:3; Zeitz—Pelitz 0:5.

Schüler. Tagewerben—93-Weißenfels 1 1:9.

Theater, Konzerte, Vorträge

Walhalla-Theater. Versäumen Sie nicht die letzten vier Vorstellungen der lustigen, harmonten Harry-Waldau-Revue: „Laßt schöne Frauen um mich sein".

Zoologischer Garten. Sonntag, den 28. August, nachmittags 4 Uhr, Konzert des großen Zoo-Orchesters unter Leitung von Benno Plätz. (Siehe heutige Anzeige.)

Rundfunk-Programm

Sonntag, 28. August

6 Uhr: Funkgymnastik. 6.20 Uhr: Hamburger Hafenkonzert. 8 Uhr: Landwirtschaftsfunk: Herbstbestellung 1932. 8.30 Uhr: Orgelkonzert. 9—10 Uhr: Morgenfeier. 11 Uhr: Goethe-Gedächtnisfeier. 12.30 Uhr: Mittagskonzert. 14 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. Anschließend: Was wir bringen. (Das Programm der Woche.) 14.25 Uhr: Wink für die Landwirtschaft. 14.35 Uhr: „Die Mosel". 15 Uhr: Vom Präludium zum Presludie. 15.35 Uhr: Alltag um Goethe. 16—17.50 Uhr: Nachmittagskonzert. 18 Uhr: Querschnitt auf Schallplatten. 19 Uhr: Hermann Zilcher: „Deutsches Volksliederspiel". 20 Uhr: „Egmont" von Johann Wolfgang von Goethe. 22 Uhr: Bericht von einem Rechenkunstler zu Goethes Zeit auf Sabelbach. 22.15 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Königswusterhausen: 6.20 Uhr: Hafenkonzert. 11 Uhr: Gedenkfeier. 12.30 Uhr: Mittagskonzert. 14 Uhr: Elternstunde. 14.30 Uhr: Unbekannter Dichter. 15 Uhr: Der deutsche Bauerngarten. 15.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 16.30 Uhr: Unterhaltungsmusik aus der Funkausstellung. 17 Uhr: Serenaden im Hofe des Königsberger Schlosses. 20.15 Uhr: „Der Stier von Tauris", ein Schauspiel aus Frankfurt. 22.30 Uhr: Nachtkonzert.

Berlin: 14 Uhr: Elternstunde. 14.30 Uhr: Kinderorchesterkonzert. 17 Uhr: Gottfried Kölwel liest eigene Dichtung. 18 Uhr: Automobilrennen. Anschließend: Tanzkonzert. 19.15 Uhr: Klaviermusik. 19.55 Uhr: Zu Goethes Gedenken. 20 Uhr: Blasorchesterkonzert. 20.30 Uhr: Nachrichten, Sport. 20.45 Uhr: Zu Goethes Gedenken. 22.10 Uhr: Tanzmusik.

Montag, 29. August

6 Uhr: Funkgymnastik. 6.20—8.15 Uhr: Frühkonzert. 9.30 Uhr: Gymnastik für Jedermann. 10 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.10 Uhr: Kinderfunk: Stadtl im Kleinhausbau. 12—13 Uhr: Leo Blech dirigiert sein Werk. 13 Uhr: Wetterbericht und Zeitangabe (Schallplatten). 13.10 Uhr: Nachrichten, Wetter und Zeit. 13.15—14 Uhr: Aus den Bergen (Schallplatten). 14 Uhr: Wetterdienstnachricht. 14.15 Uhr: Reiß Obsten lieb ihre Kunst. 15 Uhr: Geographische Begebenheit. 14.30 Uhr: Kunst- und Filmberichte. 15.30 Uhr: Jugendfunk. Großstadt und Frauenüberschuß. 16 Uhr: „Wir stellen vor". 16.30 Uhr: Wetter und Zeit. 17 Uhr: Stunde der Frau. 17.15 bis 17.35 Uhr: Wetter und Zeit. 18 Uhr: Stunde der Jugend. 18.15 Uhr: „Deutsche Romane mit neuen Mitteln". Hermann Kesser zum Mitlesen. 18.30 Uhr: „Zwischen Rad und Rad". 18.30 Uhr: Weltliteratur in Lebensläufen. 18.50 Uhr: Zeitfunk ... 19 Uhr: Der englische und der deutsche Geist. 20 Uhr: Sportfunk. 20 Uhr: „Eine Folge von Musik und Dichtung." 22.05 Uhr: Nachrichten, Sport. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik aus „Ein Tanz um Mitternacht".

Königswusterhausen: 6.20 Uhr: Frühkonzert. 9.30 Uhr: Gymnastik für Jedermann. 10.10 Uhr: Land und Leute im Dialekt. 12.05 Uhr: Mittagskonzert. 13 Uhr: Fortgeschittene. 12.15 Uhr: Mittagskonzert. 14 Uhr: Unterhaltungsmusik. 15 Uhr: Zur Unterhaltung. 15.40 Uhr: Für die reifere Jugend. 16 Uhr: Kinderspiel als Mittelpunkt arbeitsunterrichtlicher Tätigkeit. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 16.55 Uhr: Robert-Schumann-Lieder. 17.15 Uhr: Nachrichten, Wetter. 17.30 Uhr: Das Gesicht der modernen Zeitung. 18.30 Uhr: Sommerfrischler-Ausflügler. 20 Uhr: Aus London: Richard-Wagner-Konzert. 21.30 Uhr: „Werthers Leiden". 22.15 Uhr: Politische Zeitunschau. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Berlin: 6.20 Uhr: Frühkonzert. 10.35 Uhr: Funkverbedienst. 11.30 Uhr: Schlaßkonzert. 14 Uhr: Unterhaltungskonzert. 15.30 Uhr: Sonntag-Nachmittagskonzert. 15.40 Uhr: Aus dem Leben großer Virtuosen. 16.35 Uhr: Robert-Schumann-Lieder. 17.30 Uhr: Jugendfunk. 17.50 Uhr: Um der deutschen Orgel. 18.15 Uhr: Mandolinenorchester. 18.55 Uhr: Die Funkstunde teilt mit. 19 Uhr: Aus Breslau: Rübezahls Streiche. 21.10 Uhr: Kammerorchesterkonzert. 22 Uhr: Politische Zeitunschau. Anschließend Nachrichten und Tanzmusik.

Wir wird das Wetter

Sonntag: Heiter, trocken, warm.
Montag: Wenig Aenderung wahrscheinlich.

Verantwortlich: Franz Sieb, Halle a. d. S., für den gesamten Inhalt: Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.

Walhalla
Letzte 4 Tage! Laßt schöne Frauen um mich sein
Revue in 32 Bildern
Kl. Preise ab 50 ₰

Möbel gebr. u. neue Stück und Diamond billig! in großer Auswahl
Küchen . . v. 35.-an
Schlafz. . v. 160.-an
Speisez. neu 225.-an
Betten . . v. 10.-an
Chaisel. . v. 18.-an
Sofas . . v. 10.-an
Wasch. . v. 6.-an
Komoden v. 12.-an
Schränke v. 20.-an
Tische, Stühle
Schreibt., Spiegel
sowie alle anderen Möbel in großer Auswahl
Bitzmann nur **Mauerstr. 3** am Franckeplatz

A. Andrae Roßschlächterei **Bitterfeld-Greppin**

Farben-Tapeten Wachstuche billig und gut bei **H. Pawlowski** Dolitzsch, Halleschestr. 10

Zoologischer Garten
Sonntag, den 28. August, 4 Uhr
Nachmittags-Konzert
des großen Zoo-Orchesters
Leitung Benno Plätz

Die billige Küche
Steilig mit Aufwaschtisch
118 Mark
Lieferung auch nach auswärts frei Haus mit Auto
Eichmann & Co.
Halle (Saale)
Gr. Ulrichstr. 36
Gr. Ulrichstr. 51
Eingang Schulstraße

Ia. Mate-Tee das Pfd. nur 1.20
empfiehlt die Löwen-Apotheke
Wittenberg, Collegienstr. 62

Licht- und Kraftwerke Wittenberg, G. m. b. H.
Wittenberg, Hallesche Str. 32
Installation von:
Elektrische Anlagen
Gas- und Wasseranlagen
Lieferung von:
Gas- und Stromgeräten
Beleuchtungskörpern
Auf Miete mit Eigentumserwerb

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutze
Halle a. S., Krukenbergstr. 7
(Gegenüber d. Kliniken) Tel. 25920

J. Dickens Lederhandlung / Ausschnitte u Schuhmacherbedarfsartikel
Weißenfels, Jüdenstraße 24

Vom 29. August bis 3. Sept.
10 Betten Aussteuer-
für Groß und Klein
kaum wiederkehrende billige Preise und gute Qualitäten
Metallbettstellen mit Patentmatratze 11.50 14.50 17.50 19.— 2.— 2.— 28.— 31.— 36.— 38.—
Holzbettstellen 17.50 23.— 2.— 2.— 32.— 38.— 44.—
Kinderbettstellen aus Eisen 14.50 21.— 23.— 25.50 28.—
Kinderbettstellen aus Holz 14.50 24.— 27.— 32.— 38.—
Stahl- und Patentmatratzen 19.50 11.50 15.— 17.50 2.— 2.—
Auflegematratzen Steilig mit Seitenteil 15.— 17.— 20.— 24.— 2.— 32.— 38.— 40.—
Steppbetten 7.50 9.50 12.50 14.50 21.50 25.— 29.— 32.— 38.—
Daunenbetten 38.— 45.— 48.— 65.— 72.— 80.— 88.—
Federbetten mit guter Füllung Federbett: 12.— 20.— 28.— 2.— bett: 11.— 16.— 20.— 2.— 2.90 4.75 6.— 7.—
Bettfedern und Daunen, besonders kräftige, geeignete und preiswerte Qualitäten, stets zu billigsten Tagespreisen.
Inlette, hervorragend dicht und kräftig in allen Farben, Breiten und Bettlängen.
Bettwäsche in gediegenen Qualitäten billigsten Preisen.
Chaiselongues 17.50 19.— 24.— 35.— 40.— 45.— 49.— 52.—
Anfertigung und Aufarbeitung von Daunenbetten unter jeweiligem Material- und Lohngarantie in eigenen Werkstätten unt. billigster Berechnung.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung. Lieferung auch auswärts durch Kraftautos ohne Transportbeschädigung.
Bettenhaus Bruno Pa
Kleine Ulrichstraße 2 bis Dompl
3 Minuten vom Markt

39 Tage
brachten Riesen-Erfolge
Haben Sie schon gekauft?
Store Meterware, kräft. Gittersto mit breitem Einsatz und Fransenabschluß . . . Mtr. 39,
Landhaus-Gardinen ca. 40 cm breit . . . 3 Mtr. 39,
Linon für Bettwäsche, kräftiges Gewebe, 140 cm für 1 Kissen . . 39,
Stangenleinen feste und glanzreiche Ware Kissenbreite . . . . Mtr. 39,
Max Thieme Weißenfels a. S.

Mit der Kommunistischen Jugend-Internationale zum 18. Internationalen Jugendtag

Für Arbeit, Brot und Freiheit! Jungkommunisten, Mitglieder der Jugend-Massenorganisationen, heraus zur

Jugendappell am 28. August in allen Unterbezirken!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320827-19/fragment/page=0004

Für die Opfer des antifaschistischen Freiheitskampfes

RÜSTET ZUM WELTKONGRESS DER IRH

Die Justiz als Machtinstrument der herrschenden Klasse hat durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 9. August eine neue gewaltige Verschärfung erfahren. Die Einsetzung der Sondergerichte in den wichtigsten Gebieten Deutschlands, die enorme Verschärfung der Strafen bis zur Verhängung der Todesstrafe beleuchten blitzartig die unerhörte Schärfe der Klassengegensätze in Deutschland.

Es ist nicht das erstemal, daß die herrschende Klasse in Deutschland zum Mittel der Sondergerichte greift. Unmittelbar nach dem Kapp-Putsch wurden Sondergerichte gegen die Rechtsputschisten eingesetzt. Der Erfolg war, daß keinem Rechtsputschisten ein Härchen gekrümmt, daß aber sieben Arbeiter in der Hauptsache aus dem Ruhrgebiet, zum Tode verurteilt und erschossen wurden, die unter Einsatz ihres Lebens gegen die Kapp-Banditen gekämpft hatten.

Das Republikschutzgesetz, das nach der Ermordung Rathenaus angeblich gegen faschistische Mordgesellen eingesetzt wurde, hat zu 99 Prozent nur Urteile gegen Kommunisten gefällt.

Die Arbeiter in Deutschland kennen die Praxis der Sondergerichte. Sie wissen, daß ihre Einsetzung auch heute sich in erster Linie gegen die Antifaschisten, das heißt gegen revolutionäre Arbeiter richtet. Wenn auch der äußere Anlaß zur Einsetzung der Sondergerichte durch die Bombenattentatserie der Nationalsozialisten gegeben war, so war doch schon durch die Zustimmung, die Hitler durch seinen Beauftragten, den Hauptmann Göhring, zu dieser Terrornotverordnung gegeben hat, durch das tägliche hysterische Geschrei der Hitlerpresse nach Todesurteilen gegen Antifaschisten und schließlich durch die erste Bilanz der Sondergerichtsurteile, klar, gegen wen sich diese Notverordnung richtet.

Die Urteilsbilanz der ersten Woche, wo Sondergerichtsurteile gefällt wurden (das Schreckensurteil in Brieg ist hierbei noch nicht einbegriffen), zeigt aufs deutlichste den Charakter dieser Justiz. Während in der ersten Woche durch Sondergerichte lediglich der Nazimann Burtschen in Guben mit drei Monaten Gefängnis „bestraft" wurde, wurden gegen Antifaschisten 8 Jahre sechs Monate zwei Wochen Gefängnis und acht Jahre zehn Monate Zuchthaus ausgesprochen.

Die Todesurteile, die jetzt in Beuthen gegen fünf Nationalsozialisten gefällt worden sind, wegen der viehischen Ermordung des Arbeiters Pietzuch, dürfen die Werktätigen keinen Augenblick darüber hinwegtäuschen, daß der stärkste Kampf gegen die Sondergerichte geführt werden muß und daß durch diese Urteile, die wieder eine Begnadigung noch eine Wiederaufnahmeverfahren unmöglich machen, Beispiele geschaffen werden, um gegen Antifaschisten mitdesto größerer Schärfe vorzugehen.

Festungshaft und Gefängnisstrafe

Gleichzeitig mit der Einsetzung der Sondergerichte hat die Regierung eine Strafverschärfung für die Festungsgefangenen verfügt. Diese Strafverschärfung richtet sich einzig und allein gegen kommunistische Festungsgefangene, da es Festungsgefangene der Hitlerpartei heute überhaupt nicht mehr gibt. Wie die Praxis dieser Verschärfung aussieht, zeigt das Beispiel aus der Festung Auerbach im Vogtland. Den dortigen Festungsgefangenen wird der Stadtausgang gestrichen, die Besuchserlaubnis beschränkt, statt Festungskost erhalten sie Gefängniskost. Den größten Teil des Tages werden sie eingeschlossen gehalten. Kommunistische Zeitungen werden ihnen nicht mehr zugestellt.

Mobilisiert die Massen für die Rote Hilfe

Sondergerichte und Verschärfung des Strafvollzuges zeigen, daß die herrschende Klasse mit immer größerer Brutalität gegen die werktätigen antifaschistischen Massen vorgeht. Die Aufgaben der Roten Hilfe wachsen ins Riesengroße. Die Rote Hilfe kann die Aufgaben, die ihr gestellt sind, im Kampfe gegen die Justiz und für die proletarisch-politischen Gefangenen nur lösen, wenn die Reihen der Roten Hilfe gestärkt, wenn neue Hunderttausende zur Roten Hilfe stoßen und die Solidarität mit allen Opfern des Faschismus, des faschistischen Terrors und der Justiz gewaltig gestärkt wird. Zu diesem Werk der Solidarität ruft die Rote Hilfe alle antifaschistischen Werktätigen auf!

Eins mit allen Opfern der faschistischen Reaktion in den kapitalistischen Ländern, kämpft die Rote Hilfe Deutschlands zusammen mit der Internationalen Roten Hilfe, die im November dieses Jahres ihren Weltkongreß in Moskau begeht, diesen Kampf als Glied jener großen Weltbewegung, die auf dem Kongreß in Moskau auf einen zehnjährigen organisierten Kampf gegen faschistischen Terror und Klassenjustiz zurückblicken kann.

Unseren Vater hat die SA. erschlagen

Am 19. Januar 1932 erschlugen vertierte SA.-Banditen in Bankau in Oberschlesien den kommunistischen Arbeiter August Bassy in seiner Wohnung. Er hinterließ eine Frau und zwei unmündige Kinder. Diese Tat war ebenso brutal und hinterhältig wie die Ermordung des Arbeiters Pietzusch in Potempa am 10. August, einem Ort, der nicht weit von Bankau entfernt liegt.

Indem die Rote Hilfe Deutschlands im Geiste internationaler Solidarität gerade jetzt mit verstärkter Kraft gegen Sondergerichte und Verschärfung des Strafvollzugs den Kampf aufnimmt, trägt sie dazu bei, die Voraussetzungen zu schaffen, daß die werktätigen Massen aus den bevorstehenden entscheidenden Klassenschlachten gegen den Faschismus, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, die der Sowjetunion gelten, als Sieger hervorgehen.

Groß-Sammel- und Werbetage der Roten Hilfe

am 26., 27., 28. August

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320827-19/fragment/page=0005

RUND UM DEN ERDBALL

Die unschuldigen Lämmer

Besuch bei 5 Mördern / Wie sie der Jude sieht und wie wir sie sehen

In dem Gefängnis in Beuthen sitzen fünf unschuldige Lämmer, fünf Kinder, die nichts verbrochen haben, als . . .

Mit schwerer Mühe gelingt es dem Korrespondenten des „Völkischen Beobachters", sich bis zu diesen fünf im „Gefängnis schmachtenden" durchzuschlagen. Endlich ist er bei ihnen.

„Was wird denn nun, Männer, macht ihr euch etwa Sorgen?"

Gott behüte, keiner von ihnen macht sich Sorgen: „Nein, Herr Professor, Sorgen machen wir uns keine."

Wie sollten sie auch. „Sie sind sich keiner Schuld bewußt, und freudig bewegt, wie Kinder bei einer Bescherung, lassen sie sich Liebesgaben, Blumen, Zigaretten und Eßwaren in die Hände drücken, verbeugen sich dankend, rütteln und schütteln die Schultern der Besucher und sind aufgeweckt, bis wieder eine Kunde kommt, die alle Heiterkeit durch harten Schlag verscheucht."

Das Beuthener Gerichtsgefängnis unter Bewachung

Man sieht: Wie Kinder bei der Weihnachtsbescherung. Denn was haben sie auch verbrochen, diese unschuldigen Lämmer? Sie haben in „gerechter Notwehr" gehandelt, indem sie über einen schlafenden wehrlosen Menschen hergefallen sind und ihn förmlich zerstückelt haben. Wirklich, unschuldige Kinder!

Natürlich sind sie ungeheuer empört über die „Journaille", die sie als Mörder bezeichnet.

Und nun kommt eine sehr bezeichnende Stelle in dem schönen Bericht des „Völkischen Beobachters": Die fünf unschuldigen Lämmer sind empört, verstimmt, deprimiert, aufgeregt über das „Unrecht", das ihnen geschieht.

Aber plötzlich: „Soeben ist die Unterstützung von der Obersten Etatführung eingetroffen. Da jubeln sie auf ‚Heil Hitler! Hitler Heil!'"

Sind es nicht brave, unschuldige Kindlein? Erst geweint, aufgeregt und dann kommen ein paar Bonbons und sie jubeln auf: „Heil Hitler!"

Aber noch mehr. Diese Stelle ist sehr charakteristisch. Wann ruft der SA.-Mann „Heil Hitler!" Wann gerät er in Begeisterung? Wenn von der obersten SA.-Führung die Unterstützung anlangt.

Natürlich fehlt es auch nicht an Rührung: „. . . und umarmen ihre Frauen, die mit Tränen in den Augen vergrämt und verschüchtert bei ihnen sind."

Aber man glaube nicht, es hier mit gefühllosen Menschen zu tun zu haben. Im Gegenteil. Die reinsten Gemütsmenschen. Da spricht der eine der Mörder: „Meine Frau macht mir Sorgen. Sie ist herzkrank und trägt ein Kind im siebenten Monat. Ein entsetzlicher Gedanke für mich."

Als es darum ging, einen Schlafenden aus dem Bett zu zerren, ihm mit genagelten Stiefeln die Kehle zu zerreißen, da war der Mann der tapfere Streiter, der keine Rührung kennt. Hier aber erinnert er sich, daß seine Frau ein Kind im siebenten Monat trägt.

Aber immerhin, das SA.-Kindlein, das da im Gefängnis sitzt, will ein ehrenwerter Mann sein. Es spricht: „Nichts hat mich an diesem Prozeß rühren können, auch nicht das Todesurteil. Aber daß sie mit ehrlose Handlungen vorwerfen, weil ich Kameraden, die in Not waren, geholfen habe, dafür fehlt mir jedes Verständnis."

Wieso man Kameraden hilft, indem man einen schlafenden Menschen ermordet — das ist eine andere Frage, darüber wird nicht gesprochen.

Heil Hitler!

Der Verteidiger Dr. Luetgebrune verkündet ihnen, daß der Tag der Freiheit bald herabrechen werde. Was versteht man hier unter Freiheit? Offenbar das, daß sich hundert- und tausendfach die Vorgänge der Nacht vom 9. auf den 10. August wiederholen werden, daß man in „Notwehr" Zehntausende schlafender Menschen ermorden wird.

Und nun das Kommando „Stillgestanden!" Alle schlagen sie die Hacken zusammen, gewohnheitsmäßig natürlich, erklären, daß sie diesen Tag nie vergessen und bis zum letzten Blutstropfen — bis zu wessen letztem Blutstropfen? — Heil Hitler rufen werden.

Liebestragödie im Grunewald

Berlin, 26. August. Heute früh um 4.15 Uhr spielte sich in der Heerstraße, Ecke Rominter Straße, unweit des Grunewaldes, eine geheimnisvolle Mord- und Selbstmordtragödie ab, deren Hintergründe und Begleitumstände bisher noch völlig ungeklärt sind. Der größten Teil unbekannt sind Spaziergänger beobachteten, wie ein Mann eine vor ihm sitzende Frau durch eine Kugel in den Kopf niederstreckte und darauf sich selbst erschoß.

Der Spaziergänger, der entsetzt den unheimlichen Vorfall beobachtet hatte, rannte sofort die Heerstraße herunter, um eine Polizeistreife zu alarmieren. Kurz darauf traf er mit mehreren Beamten am Tatort ein. Dort konnte man jedoch nur noch den Tod des Paares feststellen.

Bei der Durchsuchung der Kleidung der beiden fand man bei dem Mann vollständige Papiere, die auf den Namen Herbert Kohn, Aschaffenburger Straße 10, lauteten. Kohn ist englischer Staatsangehöriger, er trug fernerhin mehrere englische Pennystücke in der Tasche. Er ist 1893 in London geboren. Die von ihm erschossene Frau konnte bisher noch nicht einwandfrei identifiziert werden, wahrscheinlich handelt es sich um eine 28jährige Österreicherin Hildegard Marx. In Berlin ist sie nirgends gemeldet. Auch sonst besteht über ihre Person völlige Unklarheit.

Entsetzliche Banditenmorde in Amerika

Neuyork, 26. August. Auf einer einsamen Landstraße in der Nähe von Harrison im Staate New Jersey wurden gestern in Säcken eingehüllt die furchtbar verstümmelten Leichname zweier bekannter Brooklyner Banditen, Vincent Bocci und Anthony Fabrizio, gefunden, die offenbar von Rivalen ermordet und hierher verschleppt worden waren.

Die Körper der Getöteten waren mit Seilen verschnürt und wiesen Spuren entsetzlicher Mißhandlungen auf, die ihnen vor ihrer Ermordung zugefügt worden waren. Ihr Tod dürfte durch mehrere Schläge gegen die Herzgegend verursacht worden sein, die mit spitzen Stöcken, wahrscheinlich mit Eispickeln, geführt worden waren.

Ein Friseur fälscht Zwanzigschillingnoten

Linz, 26. August. Die Linzer Polizei verhaftete den Schlossergehilfen Friedrich Reisinger, in dessen Besitz 64 falsche 20-Schilling-Noten gefunden wurden. Reisinger gibt zu, daß er sie von einem Unbekannten in Steyr erhalten habe. Die Erhebungen der Bundespolizei Steyr führten zu drei weiteren Verhaftungen, und zwar des Friseurs Heinrich Eibenböck und seines gleichnamigen Sohnes sowie des Wehrmannes Hawlan vom dritten Bataillon des Alpenjägerregiments Nr. 1 in Steyr. Eibenböck gibt zu, hundert 20-Schilling-Falsifikate hergestellt zu haben, von denen 64 in Linz beschlagnahmt wurden. Die Druckerei, in der die falschen Noten hergestellt wurden, ist gleichfalls bereits ausgehoben worden. Morgen trifft aus Wien der Leiter der Banknotendruckerei zur fachmännischen Untersuchung der beschlagnahmten Druckerei in Steyr ein. Ob die vier Verhafteten noch weitere Komplicen haben, müssen erst die weiteren Erhebungen ergeben.

Selbstmord einer Kindesmörderin

Im Gefängnis Klingelpütz erhängte sich die Untersuchungsgefangene Else Eggert, gegen die ein Verfahren wegen Tötung ihres Stiefkindes schwebte. Vor einiger Zeit war die siebenjährige Maria Eggert im Walde erwürgt aufgefunden worden. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen die Stiefmutter, die das Kind oft mißhandelt hatte.

Tollkühne Tat eines holländischen Schwimmers

Der holländische Schwimmer van Rhyne, der an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilgenommen hat, schwamm in der Stromschnellen des Niagara bis ungefähr 100 Meter oberhalb der Wasserfälle. Während die Zuschauer fürchteten, er würde von dem Wasserfall sozusagen aufgesogen werden und verschwinden, gelang es ihm, aus dem Strudel herauszuschwimmen und sich ans Land zu retten.

Die Flucht zum „Glück"

Bombardement mennonitischer Siedlungen in Paraguay

Die letzten Ereignisse zeigen noch einmal klar und deutlich, wozu die Imperialisten den Emigrationsrummel von 1929 bedurften. Nachdem die konterrevolutionäre Presse die „Flucht" der mennonitischen Kulaken aus der Sowjetunion weidlich ausgeschlachtet und sich in ihrer antisowjetistischen Wut ausgetobt hatte, gerieten die armen, von den Bolschewiken von der „Scholle vertriebenen" Kulaken ganz in Vergessenheit. Der Krieg zwischen Bolivien und Paraguay zwingt die bürgerliche Pressemeute, die „armen Mennoniten" wieder einmal zu „bedauern". Diesmal aber nicht groß aufgemacht, mit schreienden Schlagzeilen, sondern in kleinen, versteckten Petit-Meldungen vom Kriegsschauplatz.

Die „Prawda" veröffentlicht einen Bericht ihres Londoner Korrespondenten, der lautet:

„Der 1929 aus der Sowjetunion ausgewanderten Gruppe mennonitischer Kulaken wurde des öftern die Aufmerksamkeit der internationalen Presse zuteil. Lange Zeit hindurch konnten die Spalten der bourgeoisen Zeitungen nicht genug darüber berichten. Spezialkorrespondenten, Feinschmecker ihrer Redaktionstische berichteten, vor Schadenfreude heulend, daß der mennonitische Kulak die Kollektivwirtschaften nicht ausstehen könne, dagegen aber das Privateigentum geradezu vergöttert. Man hatte Mitleid mit den Kulaken. Man bedauerte sie.

Erfahrene pfaffenberockte Agitatoren trieben die Mennoniten zur Auswanderung aus der Sowjetunion an und erfahrene Hände hielten aus dem Hinterhalt die Leine und lenkten die bourgeoise Presse, die anläßlich der Flucht der mennonitischen Kulaken vor dem sozialistischen Vordringen an allen Fronten eine wütende Hetzkampagne gegen die Kollektivbewegung in der Sowjetunion führte.

Dann vergaß man der ausgewanderten Kulaken. Nachdem alle Möglichkeiten für die Antisowjetpropaganda erschöpft waren, mußte an die Unterbringung der Kulaken gedacht werden. In den Bedingungen der kapitalistischen Landwirtschaft geht es den Bauern gewiß sauer genug; man befürchtete, daß die zur Auswanderung aus der Sowjetunion angetriebenen Kulaken, nachdem sie das kapitalistische „Paradies" geschmeckt haben, wieder in die sozialistische „Hölle" zurückkehren könnten. Diese Befürchtungen wurden durch die Rückkehr der Gruppe schwedischer Bauern in die Sowjetukraine noch bestärkt. Diese hatten nach kurzem Aufenthalt in der „Heimat" Schweden genug von dem kapitalistischen und Gutsbesitzerjoch gekostet. Deshalb mußte der Großteil der Mennoniten irgendwo in entfernteren Ländern untergebracht werden.

Dies übernahm der Völkerbund und die Internationale Vereinigung der Lutheraner.

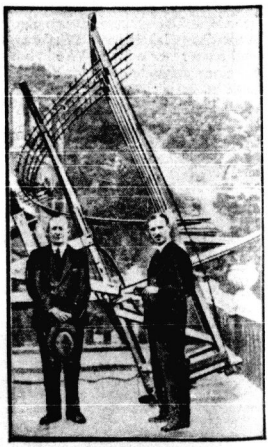
Nach langen Entbehrungen wurden die Mennoniten dann endlich über den Ozean nach Südamerika geschafft. Wie eine ausgedrückte und unnütze Zitrone auf den Schutthaufen geworfen wird, so wurden die Mennoniten in den Wüsten des durch tropische Fieber gefährlichen Gebietes Chaco im freien Paraguay beiseite geworfen.

Und jetzt wird den Mennoniten wieder einmal die Aufmerksamkeit der großen Presse zuteil. Diesmal wird an sie nur so nebenbei, in kurzen Petit- oder Nonpareille-Meldungen erinnert.

Das amerikanische und englische Kapital kämpft zähe um das Naphtha und die Wasserwege. Aus diesem Anlaß donnerten die bolivischen und paraguayischen Geschütze los und stören die Stille der Chaco-Wüste. Bolivische Flugzeuge ehren die Genfer Wünsche durch Bombenwürfe über Paraguay. Im Resultat sind mehrere mennonitische Siedlungen total vernichtet. Das kapitalistische „Paradies" zeigte sich den „armen Flüchtlingen" in seiner ganzen Pracht, — vielen von den Mennoniten zum letztenmal, die von den Bomben in Stücke gerissen wurden.

Großfeuer in einer chemischen Fabrik

TU. Burgbrohl, 26. August. In der Nacht zum Freitag gegen 23 Uhr brach aus bisher noch unaufgeklärter Ursache im Hauptlager der Chemischen Fabrik Gebrüder Rhodius ein riesiges Feuer aus. Obwohl die Feuerwehr von Burgbrohl bald an der Brandstätte erschien und mit zwölf Schlauchleitungen die Bekämpfung des Feuermeeres vornahm, nahm das Feuer einen derartig großen Umfang an, daß noch weitere Feuerwehren alarmiert werden mußten. Lange Zeit bestand die Gefahr, daß das Feuer auf das Hauptfabrikgebäude übergreifen könnte. Jedoch gelang es den vereinten Anstrengungen der Feuerwehren, die Flammen auf ihren Herd zu beschränken.



Der berühmte italienische Physiker Marconi (links) — einer der Begründer der drahtlosen Telegraphie und Telephonie — hat mit Hilfe des hier abgebildeten Kurzwellensenders mit einer Wellenlänge von nur 57 Zentimeter Morsezeichen und Gespräche von Rom bis nach Sardinien gesandt, und damit alle bisherigen Leistungen auf dem Gebiet der Ultrakurzwellen übertroffen.

Verantwortlich: Alfred Pendrich, Berlin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320827-19/fragment/page=0006

Die Vorgänge im Volksfeuerbestattungs-Verein

Arbeitermitglieder! Seht den Renegaten, Sozialdemokraten und Bürgerlichen im Vorstand auf die Finger!

Zweierlei Mitglieder: willkommen und nicht willkommen

Zu der Einladung hatte der Vorstand des Volksfeuerbestattungsvereins diejenigen Mitglieder zum Besuch der Generalversammlung aufgefordert, die mit seiner bisherigen Tätigkeit einverstanden seien. Er konnte es also nicht unterlassen, auf eine einseitige Zusammensetzung der Generalversammlung hinzuarbeiten, genau wie es im vorigen Jahre gemacht hatte, als Tausende von Mark für Getränke aus Vereinsmitteln bereitgestellt wurden, die natürlich nur den SPD-Mitgliedern und mit der SPD Sympathisierende gereicht wurden. Die Kommunisten, deren Anwesenheit also der Vorstand diesmal nicht wünschte, waren trotzdem erschienen und konnten mit ihren Diskussionsreden den Plan des Vorstandes zunichte machen, die Generalversammlung in einem kleinen Stündchen zu erledigen.

Kommunisten leuchten hinter die Kulissen

Der Bericht des Vorsitzenden Keitel war auf dieses Zeitmaß abgestellt und brachte nur ein paar allgemeine Redensarten. Erst nach Genossen Kölz blieb es vorbehalten, in ausführlicher Rede die Punkte zur Debatte zu stellen, die im Volksfeuerbestattungsverein zur Zeit von Bedeutung sind. Er wandte sich gegen die Einstellung in vorstandstreue und andere Mitglieder.

Er unterzog den **vorgelegten Kassenbericht sachlich einer scharfen Kritik. Z. B. seien für Einäscherungs- und Bestattungsgelder 49 865.36 M. ausgegeben worden, wovon 22 890 M. von Nichtmitgliedern kamen. Ein fast ebenso hoher Betrag wie für die im laufenden Einäscherungen, nämlich 17 714,69 M., wurden an Nichtmitglieder gezahlt. Dies sei kein normales Verhältnis.**

Wenn es stehe es mit dem Grundstücksbesitz des Vereins, das in der Bilanz mit 445 682.58 M. ausgewiesen wird, also entsprechend den vorhandenen Grundstückswerten viel zu hoch. Von diesem Be-

GOLD SABA

Erstaunlich!

Äusserlich sehen Sie nichts und doch merkt jeder Kenner sofort die Wirkung der

Humidor Mondig frisch Händler-Packg.

Durch sie ist

GOLD SABA

immer frisch.

Statt 4 jetzt 3 1/3

Mit Flugzeugbildern!

müßten mindestens 25 Prozent abgestrichen werden, dann wären die Verluste aus den Grundstücken noch größer, als sie schon sind. In solche Schwierigkeiten mußte der Vorstand kommen, weil er bei der Anlage des Vereinsvermögens rein geschäftsmäßig vorgeht und nicht sozial. Im bürgerlichen Staate gäbe es überhaupt keine geldlichen Sicherungen. Unhaltbar sei auch die Aufrechterhaltung der Beiträge. Von den Erwerbslosen und Fürsorgeempfängern meist nur unter erschwerten Entbehrungen noch gezahlt werden können. Die Beiträge hätten längst herabgesetzt und für die bedürftigsten Mitglieder erlassen werden müssen.

Unser Genosse fragte an, ob der Magistrat Eisleben, dem zur Errichtung des Krematoriums ein Kredit von 39 200 M. gegeben wurde, von dieser Summe schon etwas zurückgezahlt hätte. Eine Antwort auf diese Frage wurde bezeichnenderweise nicht erteilt. Daß eine beträchtliche Summe des Vereinsvermögens bei der reaktionär-agrarischen Genossenschaftsbank angelegt ist, wurde vom Vorstand selber als Fehler zugegeben. Zum Schluß forderte Genosse Kölz, daß der Verein zur Verteidigung des Rechts auf Feuerbestattung den schärfsten Kampf führen soll gegen die faschistische Reaktion.

Wie die Nazis Bomben gegen Gewerkschaftshäuser, Konsumfilialen und jüdische Synagogen werfen, würden eines Tages auch die Stätten der modernen Bestattung, die Krematorien, die Urnenhaine und die Grundstücke der Feuerbestattungsvereine dran kommen. Der Vorstand sollte sich deshalb nicht, wie bisher nur geschäftsmäßig betätigen, sondern sich gegen die faschistische Politik zur Wehr setzen. Er würde dabei die gesamte Mitgliedschaft hinter sich haben. Erforderlich sei auch die Fortsetzung des Kampfes für die gesetzmäßige Gleichstellung von Erd- und Feuerbestattung, die trotz 13 Jahre Weimarer „Demokratie" unter sozialdemokratischer Führung in der preußischen Regierung noch immer nicht erreicht sei.

Radau, um dunkle Pläne der SPD zu verdecken

Unser Genosse konnte, obzwar er sehr sachlich sprach, sich nur sehr schwer verständlich machen, weil im ganzen Saale organisiert Störungsgruppen der SPD placiert waren, die in einem fort Lärm machten. Als unser Genosse die Schuld der sozialdemokratischen Minister feststellte, bellten sie wie geprügelte Hunde. Manchmal klappte jedoch das Zusammenspiel nicht; z. B. protestierten sie sogar dagegen, daß unser Redner vor den Terrorplänen der faschistischen Mordbrenner warnte.

Diese Radaumanöver sollten in ganz offenkundiger Weise von den „Sensationen" ablenken, die der zweite Punkt der Tagesordnung, „Vorstandswahl" brachte, über den wir in unserem Vorbericht bereits kurz geschrieben haben. Auch hier waren es wieder die kommunistischen Redner, die den so schweigsamen Vorstandsmännern Keitel, Brömme usw. die Zunge zu lösen versuchten.

Korruptionssumpf bei den SPD-Vorstands-Mitgliedern

Es mußte zugegeben werden, daß das bisherige Vorstandsmitglied **Glaubrecht-Eisleben, ein strammer SPD-Mann, mehrere tausend Mark ihm übergebener Vereinsbeiträge unterschlagen hat** und deshalb aus dem Vorstand entfernt wurde. Herr Keitel, der sich auf der vorigen Generalversammlung durch Glaubrecht (in Eisleben der „Boxer" genannt) sehr gern auf der Bühne schützen und durch ihn den Beifall organisieren ließ, mußte kleinlaut zugeben, daß Herr Glaubrecht ein „unehrlicher Mann wäre". Als unser Genosse Grabow forderte, daß man diesen Verbrecher am proletarischen Eigentum dem Gericht übergeben solle, fingen die Weißenfelser SPD-Leute an zu protestieren. Hinterher stellte sich heraus, daß sich die Staatsanwaltschaft längst für die Unehrlichkeiten Glaubrechts interessiert und Vorstandsmitglieder bereits als Zeugen vernommen hat. Soviel Entrüstung, soviel Unehrlichkeit. Aber dann platzte die Bombe. Max Wiesner, seit einiger Zeit von der SPD als Mitglied aufgenommen, hielt eine Anklagerede gegen den bisherigen Vorstand, dem er Unehrlichkeit bei der Verwaltung der Gelder vorwarf. Dieses Menschen Dreistigkeit muß man bewundern; pfeifen es doch die Spatzen von den Dächern, daß sich das Ehepaar Wiesner in vielen Fällen am Eigentum von Arbeiterorganisationen vergriffen hat, — ja sogar **einmal an einkassierten Beiträgen des Volksfeuerbestattungsvereins.**

„Doch es will mich schier bedünken..."

Die Renegaten, die damals diese Unehrlichkeiten vertuschten, bekommen jetzt von Ehren-Wiesner die Quittung. Und was auffällig war: weder Herr Keitel noch Herr Brömme wagten gegen Wiesner auch nur ein Wort zu sagen. Sie überließen es dem parteilosen Vorstandsmitglied Stechemesser, die tieferen Beweggründe der SPD-Schieberclique im Volksfeuerbestattungsverein aufzuzeigen.

St. zeigte ein Dokument vor, aus dem hervorging, daß die SPD-Clique den Kohlenplatz des AAB an der Viehhofstraße, jetzt dem Volksfeuerbestattungsverein gehörig, in Besitz nehmen, dort ein Geschäft eröffnen will, das der Volksfeuerbestattungsverein obendrein noch finanzieren soll, indem er jedem der vorgesehenen fünf Gesellschafter, alles eingeschriebene SPD-Leute, 5000 M. zur Verfügung stellt.

Diese Enthüllungen waren selbst auswärtigen SPD-Angehörigen zu arg und der vom Genossen Grabow eingebrachte Antrag, sofort einen siebenköpfigen Untersuchungsschuß einzusetzen und die Vorstandswahl zu vertagen, hätte sicherlich Annahme gefunden, wenn nicht der Versammlungsleiter durch eine raffinierte Methode der Abstimmung wieder den größten Teil der Anwesenden irregeführt hätte, weil dieser gar nicht wußte, worüber abgestimmt wurde.

Die Frage ist berechtigt, weshalb sich die übrigen Vorstandsmitglieder außer Stechemesser und unserem Genossen Pietschke nicht gegen den Mißtrauensantrag von Wiesner zur Wehr setzten und weshalb Herr Keitel die Aufklärung der gegenseitigen schweren Beschuldigungen von Vorstandsmitgliedern durch den geforderten Untersuchungsausschuß nicht zuließ. Es kommt einem unwillkürlich Heinrich Heines Vers in den Sinn: „Doch es will mich schier bedünken, daß der Rabbi und der Mönch, daß sie alle beide stinken!" Die Geschäftstüchtigkeit des Herrn Keitel war überhaupt wieder erstaunlich. Als Genosse Kölz es als unerhört bezeichnet hatte, daß **das einzige kommunistische Vorstandsmitglied zu den beiden letzten, den wichtigsten Vorstandssitzungen, nicht eingeladen wurde,** erklärte Herr Keitel mit Entrüstung, das sei ihm ganz unbekannt und er würde damit nicht einverstanden gewesen sein.

Die Vorstandswahl — ein besonderes Kapitel

Im vorigen Jahr hat man auf der Generalversammlung nach der Mundtodmachung der kommunistischen Vorstandskritiker eine Schiebung nach der anderen gemacht, aber der Registerrichter war damit nicht einverstanden, sondern lehnte die Eintragung der Beschlüsse betreffend die Vorstandswahl und anderer Beschlüsse ab. Dies erfuhr man auch erst in der jetzigen Generalversammlung. Mehrere Vorstandsmitglieder haben also ihr Amt ohne rechtmäßiges Mandat ausgeübt. Es wäre zu prüfen, ob unter diesen Umständen die vom Vorstand inzwischen gefaßten Beschlüsse Rechtsgültigkeit haben. Auf jeden Fall aber wäre es nötig gewesen, die im vorigen Jahr zu unrecht in den Vorstand gekommenen Leute durch die jetzige Generalversammlung bestätigen zu lassen. Aber das hielt der Vorstand nicht für nötig. Es wurden nur vier Personen neu gewählt und zwar Böttcher und Großmann aus Halle, Gärtner aus Weißenfels und Glaubrecht aus Eisleben, ein Namensvetter des Spitzbuben, natürlich auch strammer SPD-Mann. Um die Skrupellosigkeit auf die Spitze zu treiben, mit der die SPD-Futterkrippenclique im Volksfeuerbestattungsverein sich durchzusetzen versucht, und es dank der Gleichgültigkeit großer Mitgliederschichten auch fertig bringt, sei festgestellt, daß **unter den neugewählten Revisoren sich ausgerechnet auch Max Wiesner befindet.** Hier hat man wirklich den Bock zum Gärtner gemacht!

Brömme und Büttner wissen genau, daß das Ehepaar Wiesner mächtig klebrige Finger hat, und jetzt muten sie dem Kassierer des Vereins, der seine Tätigkeit bestimmt in der gewissenhaftesten Weise ausübt, zu, sich von so einem Menschen wie Wiesner kontrollieren zu lassen. Darüber wird das letzte Wort noch nicht gesprochen sein; einstweilen kann man feststellen, daß die SPD, indem sie Wiesner zum Revisor und Wortführer gegen den bisherigen Vorstand vorschlug, ihre frechen Pläne klar enthüllt hat. Wir rufen die Mitglieder des Volksfeuerbestattungsvereins angesichts der neuen Skandalfälle Glaubrecht und Wiesner zur höchsten Wachsamkeit auf!

Trotzhaer Ausschlüsse werden rückgängig gemacht

Im weiteren Verlauf der Generalversammlung — es ging jetzt ganz ruhig zu, weil die SPD-Radaukolonnen inzwischen abgezogen waren — wurde über den Einspruch von vier Trotzhaer Mitgliedern gegen ihren Ausschluß durch den Vorstand verhandelt. Als Grund dafür wurde angegeben: Beleidigungen gegenüber dem Vorstandsmitglied Brömme und „Entwendung von Vereinseigentum". Es handelt sich um die Vorgänge bei der Besitzergreifung des AAB-Grundstücks in der Petersbergstraße. Die Genossen Kölz und Grabow wiesen nach, daß die Vorgänge unter keinen Umständen ausreichten, langjährige Mitglieder und ihre Familien um wohlerworbene Rechte am Verein zu bringen. Es handle sich wohl nur um einen Racheakt. Das schien am Ende auch dem Vorsitzenden Keitel einzuleuchten, denn er trat dafür ein, daß der Vorstand sich nachmals mit den Ausgeschlossenen unterhält. Also auch hier eine Niederlage der Kommunistenfresser!

Unter den eingegangenen Anträgen befand sich einer, der die **Einführung des Vertretersystems für die Generalversammlung** fordert. Da die Teilnahme an den Generalversammlungen von den auswärtigen Mitgliedern große Opfer erfordert oder bei Fahrgeldvergütung aus Vereinsmitteln dies nur einseitig zugunsten des Vorstands und der SPD geschah, erklärten unsere Genossen sich mit der Einrichtung der Vertreterversammlung einverstanden, sie lehnten jedoch den vorgeschlagenen Wahlmodus — auf 200 Mitglieder ein Vertreter — ab und forderten **auf je 100 Mitglieder einen Vertreter.** Der Antrag auf Einführung der Vertreterversammlung wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Die notwendig werdenden Satzungsänderungen soll eine demnächst stattfindende neue Generalversammlung beschließen.

Man muß sich darüber wundern, daß der Vorstand beim Vorliegen des Antrages betr. die Vertreterversammlung und beim Sympathisieren mit demselben nicht von sich aus Vorschläge für die erforderliche Statutenänderung gemacht hat. Eine neue Generalversammlung, die natürlich noch nach dem bisherigen System der allgemeinen Mitgliederversammlung stattfinden muß, kostet dem Verein und den auswärtigen Mitgliedern wieder eine Stange Geld. Man kann sich dies Vorgehen nur mit der Unfähigkeit der jetzigen Leitung erklären. Auf den beiden Generalversammlungen 1931 war sie deutlich in die Erscheinung getreten; der Registerrichter hat sie durch die Weigerung, die Beschlüsse einzutragen, amtlich bescheinigt. Da die Gerichtsstelle dem Vorstand sein säuberlich aufgeschriebenes hatte, was an dem Statut geändert werden müßte, war die Einbringung von Anträgen in diesem Falle leichter.

Die formalen Aenderungen wurden angenommen, dagegen erhält der Antrag, im § 1 zu sagen, daß der Verein politisch und religiös neutral sei, nach Bekämpfung durch den kommunistischen Redner Ablehnung. Auch die Ausrede der „Tarnung gegenüber dem Faschismus" zog nicht.

Energisches Eingreifen aller aktiven Mitglieder ist nötig.

Räumt auf mit der arbeiterfeindlichen Politik!

Wir haben über den Volksfeuerbestattungsverein diesmal ganz ausführlich berichtet, weil die in der Generalversammlung zutage getretenen Mißstände — Unterschlagung durch ein SPD-Vorstandsmitglied, Ausschaltung des einzigen kommunistischen Vorstandsmitgliedes durch Sozialdemokraten und Renegaten, Vorstoß der SPD zur Eroberung des Besitzes des Vereins zur Errichtung eintragsicherer Pfründe für SPD-Streberseelen, ekelhaftester Cliquenkampf im Vorstand — das energische Eingreifen aller ehrlichen Mitglieder erfordern. Da die sozialdemokratische Presse verständlicherweise über die Generalversammlung nur mit wenigen Zeilen berichtet hat, fordern wir die „Klassenkampf"-Leser auf, diesen Bericht möglichst allen sozialdemokratischen und parteilosen Mitgliedern zugänglich zu machen und, falls demnächst von der Generalversammlung in Mitgliederzusammenkünften auf den Orten Bericht gegeben wird, alle ehrlichen Elemente im **Verein vor die Frage zu stellen, ob sie die Leitung dieses großen Vereins noch weiter in Händen von unfähigen Leuten, Streberseelen und politischen Strauchdieben lassen wollen.**

St.-G.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320827-19/fragment/page=0007

HALLE

Sonnabend, den 27. August 1932.

So wie in Mussolinis „Drittem Reich" möchten sie es auch bei uns!

Kinder werden mißbraucht!

Wir berichteten gestern über den nationalistischen Rummel anläßlich des Einmarsches der Reichswehrbatterie in Halle. Hunderte von Schulkindern mußten an dem Empfang der Reichswehr teilnehmen. Wir erkundigten uns nunmehr bei sämtlichen in Frage kommenden amtlichen Stellen, auf wessen Veranlassung die Schulkinder zu dem nationalistischen Rummel auf die Straße getrieben wurden. Sowohl die Schulverwaltung als auch der Stadtschulrat Truschel lehnten die Verantwortung für diesen Skandal ab. Stadtschulrat Truschel erklärte, daß wahrscheinlich die Schulen „aus eigener Initiative" die Teilnahme am Empfang der Reichswehr beschlossen hätten. Es sei zu vermuten, daß dies „im Rahmen der Beobachtungsgänge" erfolgt sei, zu denen „die Schulen bei bestimmten Anlässen verpflichtet" seien. Stadtschulrat Truschel will damit sicher sagen, daß die Kinder zu Recht zu diesem nationalistischen Rummel geführt wurden. Die werktätigen Eltern von Halle sind anderer Meinung. Sie sehen in solchen Veranstaltungen eine ausgesprochene Stimmungsmache für die imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Sie, die Todfeinde des imperialistischen Krieges sind, dulden nicht, daß ihren Kindern das nationalistische Gift auf diese Weise eingeträufelt wird. Sie sehen in „Schulbeobachtungsgängen" dieser Art, einen Mißbrauch ihrer Kinder, den sie in Zukunft zu verhindern wissen werden. Daß man die Arbeiterkinder vieler Schulen in Halle — nicht aller Schulen, daß sei ausdrücklich festgestellt — zu diesem nationalistischen Rummel preßte, ist umso empörender, als man ihnen sonst verbietet, an kommunistischen Demonstrationen teilzunehmen.

Dies ist zunächst grundsätzlich zu sagen. Nun aber zu den Gefahren, denen die Arbeiterkinder bei diesem nationalistischen Rummel ausgesetzt waren. Wir haben gestern über das provokatorische Auftreten der braunen Meuchelmörder-Kumpane berichtet. Wie leicht hätten Kinder in diesem Tumult ernsten Schaden erleiden können! Auch aus diesem Grunde ist das Verhalten der reaktionären Schulinstanzen einfach unerhört.

Die Arbeitereltern von Halle verbitten sich auf das nachdrücklichste diesen Mißbrauch der Kinder im Sinne der imperialistischen Kriegshetzer. Die Arbeitereltern lassen ihre Kinder nicht nationalistisch verhetzen. Das mögen sich die verantwortlichen Stellen ein für allemal gesagt sein lassen.

Die Arbeiterkinder selbst werden sich als Antwort auf diese Maßnahmen den roten Pioniergruppen noch mehr als bisher anschließen.

Drohungen gegen Antifaschisten

(Arbeiterkorrespondenz)

Dieser Tage erhielt die Arbeiterfamilie Pl. eine Warnungskarte, die vom 20. August datiert war. Die Karte hatte folgenden Inhalt:

„Willy Miethe, Rockendorfer Weg 141, ebenso seine Frau, stellen nach Beendigung jeder Nazi-Versammlung den Antrag, das Haus des Pl., Rockendorfer Weg 46, zu bombardieren, da sich hier die „Hauptläufe" aufhalten sollen. Frau Miethe soll auch den Ueberfall der Mordnazis auf die Jugend der Eigenen Scholle veranlaßt haben."

Zum Schluß heißt es in dieser, scheinbar mit verstellter Handschrift geschriebenen Karte vom 20. August 1932 bzw. mit Poststempel vom 23. August: „Sehen Sie sich vor und melden es beizeiten der Polizei." — Unterzeichnet war die Karte mit K. S. Sch.

Die Nazibanden arbeiten auch in Halle mit Königsberger Methoden. Sie werden aber die Rechnung ohne die antifaschistischen Arbeiter gemacht haben. Auch dieser Fall ist eine Mahnung an alle Arbeiter, den roten Massenselbstschutz weiter zu verstärken.

Schikanen gegen Angler

(Arbeiterkorrespondenz)

Wenn man jetzt an der Saale entlang geht, wird man viele Erwerbslose sehen, die sich einmal ein paar Fische zum Mittagessen angeln wollen. Jeder Angler muß für die Angelkarte, ohne die er nicht fischen darf, an die Fischerinnung 12,50 RM zahlen, außerdem für Gewerbe- und Stempelgebühren 3,— RM. 15,50 RM sind also notwendig, um in den Besitz einer Angelkarte zu kommen. Laut polizeilicher Anordnung steht den Anglern das zwei Meter breite Saale-Ufer bis zu einer gewissen Grenze zum angeln zu. Nun kommt die Polizei und verbietet den Anglern das Fischen in den Anlagen.

Da von Böllberg bis nach Trotha Anlagen oder Rasenflächen sind, ist es für die Angler unmöglich, ihre teuer erstandene Karte auszunützen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Die erwerbslosen Angler, die sich diesen hohen Betrag vom Munde absparen, müssen doch auch die Möglichkeit zur Ausnützung ihres Angelrechtes haben. Bei dieser Hungerunterstützung können sie ihren Magen sowieso nicht mehr satt machen und nun wird ihnen durch diese Schikanen auch noch eine letzte Ernährungsmöglichkeit genommen. Aus diesen Gründen fordern die Angler sofortige Abhilfe und Beseitigung dieses unhaltbaren Zustandes.

Omnibus fährt in die Anlagen

Am 25. August, 14.45 Uhr, fuhr ein Omnibus der Reichspost beim Einbiegen von der Budde- in die Thielen-Straße infolge Versagens der Bremsen über den Bürgersteig in die Anlagen der Reichsbahn. Von der Anlageneinfriedigung wurden etwa 4 Meter umgerissen. Der Omnibus wurde leicht beschädigt. Personen kamen anscheinend nicht zu schaden.

Gedanken zum „Volkspark"-Jubiläum

Der Hallische „Volkspark" besteht in diesen Tagen 25 Jahre. Entstanden aus dem revolutionären Klassenwillen der Arbeiter, die unter dem Sozialistengesetz aller legalen Versammlungsmöglichkeiten beraubt waren und auch später noch unter dem Terror der Kapitalisten und ihrem Druck auf die Saalbesitzer zu leiden hatten — finanziert durch die Opfergroschen der gesamten Hallischen Proletarier — immer weiter ausgebaut und schuldenfrei gemacht durch regen Verkehr der Arbeiter in ihrem „eigenen Heim" — waren sie stolz auf die „rote Burg" da draußen. Zwei Jahrzehnte lang versammelten sie sich hier zu ernster politischer, gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher und kultureller Arbeit, begingen die proletarischen Vereine in den schönen Sälen und Gartenanlagen ihre Feste. Bis der imperialistische Weltkrieg entfesselt wurde,

die Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften vor dem nationalistischen Militarismus kapitulierten und in der Arbeiterschaft die beiden Fronten aufriß: die reformistische und die revolutionäre.

Im Krieg barg der „Volkspark" Hilfslazarette; mancher der verwundeten oder kranken Soldaten, die er beherbergte, kam zum ersten Male in Berührung mit der sozialistischen Arbeiterschaft und wurde vielleicht sogar Sozialist. Seit dem Kriegsende, mit dem November, wurde das Arbeiterlokal seiner eigentlichen Bestimmung zurückgegeben. Alle die heißen politischen Kämpfe der Hallischen Arbeiterschaft, die in ihrem größten und entscheidenden Teile der revolutionären Methode anhing, hat der „Volkspark" gesehen, auch das geschichtliche Ereignis des Anschlusses der USPD an die Kommunistische Internationale im Dezember 1920, das für die revolutionäre Entscheidung der mitteldeutschen Arbeiterbewegung von so entscheidender Bedeutung war.

Im Kapp-Putsch war die „rote Burg" heiß umstritten in den Kämpfen zwischen den bewaffneten Arbeitern und den Noskiden und Zeitfreiwilligen,

welch letztere von der Oberrealschule aus das Arbeiterheim mit MGs beschossen. Um so fester hielten die Hallischen [illegible] zum „Volkspark", je mehr er von den Feinden bedroht wurde.

Leider vergaßen die Organisationen, genügende Sicher[illegible] des Eigentums der revolutionären Arbeiterschaft zu treffen und so bemächtigten sich bald nach den Kämpfen 1921 die übelsten reformistischen Gewerkschaftsführer, die Propagandisten des Burgfriedens und der Konterrevolution, der Verfügungsrechts über das mit Arbeitergroschen zur Zeit des Klassenkampfes errichtete Lokal.

1925, als Ebert von Hindenburg abgelöst wurde, Präsidentschaftswahlkämpfe, krachten in der Thüringischen Regierung die Mordsalven Pietzkers auf friedlich [illegible] Arbeiter. Indem diese von den Sozialdemokraten Kurt Schumacher, Severing gedeckte Aluttat die Hallische Arbeiterschaft tiefste empörte und aufrüttelte, gingen in der Folgezeit [illegible] gierungssozialisten und Gewerkschaftsbürokraten zur Sicherung ihres Einflusses dazu über, „skrupellos eine Säuberung nach der anderen gegen die Interessen der Hallischen Arbeiterbewegung zu begehen.

Die Zerstörung des ADB und die Sperrung des „Volksparkes" für die revolutionären Arbeiterorganisationen waren die „Sühne[illegible]gen" der Arbeiterverräter Sorgenfrei, Wiesner, Ferchlandt u. Co.

Und dieser Zustand dauert an. Kein Zweifel: die Reformisten lassen es auch im „Volkspark" darauf ankommen. Sie [illegible] längst darüber im Klaren, daß das Lokal zugrunde [illegible] wird, wenn die kommunistischen Arbeiter in ihm nicht [illegible] ihre politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen nicht machen dürfen. Sie gehen aufs Ganze, wie [illegible]

Es ist allerhöchste Zeit, daß die revolutionären [illegible] Arbeiter den „Volkspark", das mit ihren Groschen [illegible] der Führung des Klassenkampfes errichtete eigene Heim, [illegible] Zerstörung durch die sozialfaschistischen „Führer" retten, [illegible] im Kampfe zurückerobern!

Gärung auch in der Hallischen SA

Aus dem ganzen Reiche kommen Meldungen über zunehmende Zersetzungserscheinungen in den Sturmabteilungen der Nazis. Wir konnten erst vor einigen Tagen auch aus unserem Bezirk über die Gärung in der SA berichten. In Eisleben wurde bekanntlich der Nazi-Gauführer Jordan aus der SA-Versammlung geschlagen. Der nationalsozialistische „Kampf" bestätigte unsere Enthüllungen durch seine auffallende Schweigsamkeit. Die irregeführten SA-Leute, die im Auftrag der Kapitalisten auf revolutionäre Arbeiter gehetzt werden, sehen immer mehr, daß alle Versprechungen, die ihnen die Naziführer machten, nichts als Schaumschlägerei waren. Auch in Halle sind diese Erscheinungen zu beobachten. Ein Teil der SA- und SS-Leute ist bereits müde und mißmutig und verweigert den Nazibonzen die Gefolgschaft. Kein Wunder, daß die Jordan und Czarnowski am Donnerstag die SA-Leute einmal etwas Theater machen ließen, um die steigende Unzufriedenheit etwas „zurückzudämmen".

Uns wird berichtet, daß am vergangenen Mittwoch abend in einer Veranstaltung der Nazis im „Hofjäger" infolge politischer Differenzen zwischen SA- und SS-Leuten fast eine Schlägerei stattfand.

Einige SA- und SS-Leute gingen mit Blendlaternen aufeinander los.

Von derselben Veranstaltung wird uns weiter eine [illegible]essante Beobachtung mitgeteilt. Vor dem Lokal „Hofjäger" [illegible] ein schnittiger Mercedes-Benz-Sechssitzer vor. Ihm entstieg [illegible] dicker Spießer, der stolz das Hakenkreuz auf der Brust trug [illegible] seiner Familie. Der dicke Luxusautobesitzer hob, wie [illegible] Eingang zum „Hofjäger" seine Hand und rief laut: „Heil [illegible] in der Erwartung, daß ein ebenso lautes Echo antworten [illegible] Er hatte sich geirrt. Ganze drei Mann erwiderten den [illegible] während die anderen umherstehenden SA-Leute den Hakenkreuzspießer, einen von Jordans Sorte, mißtrauisch betrachteten. [illegible] bei dem Nazirummel am Donnerstag nahmen knapp [illegible] Leute teil, die anderen verzichteten darauf, das Theater der Nazi[illegible]führer mitzumachen.

Auch in der Hallischen SA sind die ersten Gärungs- und Zersetzungserscheinungen zu verzeichnen. Allmählich muß auch die irregeführten SA-Leuten einleuchten, daß sie zum Schutz [illegible] Geldsäcke mißbraucht werden.

20 Tage Gefängnis für „Rot Front!"-Ruf

„Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie, zu Halle am 12. März 1932 einen Verein, der wegen Verstoßes gegen das Republikschutzgesetz aufgelöst ist, unterstützt zu haben, indem Sie den Rotfrontkämpferbund, der durch Verfügung des preußischen Innenministers vom 3. Mai 1929 wegen seines, dem Republikschutzgesetz zuwiderlaufenden Zweckes aufgelöst worden ist, dadurch unterstützten, daß Sie bei einer kommunistischen Versammlung, die unter der Auflage genehmigt war, daß nur Hochrufe auf Thälmann ausgebracht würden, als Redner aufgetreten und entgegen der Auflage die Teilnehmer zu einem dreimaligen Ruf: „Rot Front!" aufforderten und dadurch zu erkennen gaben, daß der Rotfrontkämpferbund noch fortbesteht und die Kraft hat, sich der Auflage zuwider, tatsächlich durchzusetzen."

Mit dieser Beschuldigung wurde dem kommunistischen Stadtverordneten Kurt Wabbel ein Strafbefehl über 20 Tage Gefängnis oder 60 Mark Geldstrafe wegen Vergehens gegen § 11 des Republikschutzgesetzes zugestellt. Als Zeugen sind auf dem Strafbefehl 6 Polizeibeamte aufgeführt.

Die Anklage der Staatsanwaltschaft, die — nebenbei bemerkt — in einem geradezu schauderhaften Justizdeutsch verfaßt ist, ist geradezu „klassisch". Jedermann weiß, daß der Rot-Front-Gruß der Kampfgruß der revolutionären Arbeiter in ganz Deutschland geworden ist. Aber die Staatsanwaltschaft will das nicht wahrhaben. Die Staatsanwaltschaft sieht in dem Rot-Front-Gruß eine Unterstützung des verbotenen Roten Frontkämpferbundes". Jeder Arbeiter — von den Millionen, denen der Rot-Front-Ruf Kampfgruß ist — gibt nach dieser Anklage der Staatsanwaltschaft zu erkennen, daß der Rotfrontkämpferbund noch fortbesteht und die Kraft hat, sich ... tatsächlich durchzusetzen".

Wir haben in der letzten Zeit eine Reihe solcher Strafbefehle und Verurteilungen erlebt. Wer erinnert sich da nicht an das Wort Glasbrenners: „Gerechtigkeit ist eine schöne Sache. Aber dem gibt es noch Justiz!"

Die Arbeiterschaft jedenfalls ist empört über diese Justiz. Niemand hat bis jetzt in Deutschland den Rot-Front-Gruß verboten, trotzdem gibt es Gerichte, die Arbeiter wegen des Rot-Front-Grußes in die Gefängnisse schicken. Man kann auch dadurch die Arbeiterschaft nicht ihren Kampfgruß nehmen. Neuntausend proletarische politische Gefangene sitzen hinter den Kerkermauern der deutschen Republik, neuntausend, die nichts scheuten im Kampf für die proletarische Klasse. Auch dieses Urteil wegen des Rot-Front-Grußes wird anspornend für die Arbeiterklasse sein, den Kampf der Roten Hilfe für die proletarischen politischen Gefangenen zu unterstützen. **Rot Front!**

Glosse vom Tage

„Wie's halt so kommt . . .!"

Die Kriechervereine waren am Sonntag in Halle. Es waren viel Kriecher drunter, die noch nie einen Schuß knallen hörten. Sie jubelten den ordenbehängten Etappenhengsten zu. Sie möchten einen frisch-fröhlichen Krieg. Gegen die „bolschewistische Pest" natürlich. Sie hatten aber schon am Sonntag in Halle volle Hosen. Noch nicht mal, weil sie etwa antifaschistischen Arbeitern begegneten. Nur vom Bier. Die Hugenberge unterhalb des Rückens der rauhen Kriecher des Stahlhelms hatten am Sonntag allerlei auszustehen. Schlimme Lokusgeschichten. Die hugenbergische „Saale-Zeitung" plaudert eine solche Lokusgeschichte aus der Schule.

„Wie's halt so kommt..." erzählt die alte Tante aus der Brauhausgasse, „wie's halt so kommt" tranken die Stahlhelmkrieger in der Saalschlokbrauerei eins (.... nach dem andern ..." hätte die Saale-Tante hinzufügen müssen!). Und „wie's halt so kommt" mußten sie ein gewisses Oertchen mal blitzschnell aufsuchen. Die „Saale-Zeitung" schreibt leider nicht wozu. Wahrscheinlich lief den Kriechern der Magen nach oben über.

„Wie's halt so kommt", ließ einer der rauhen Antisowjetsoldaten bei solcher Gelegenheit auf einem Querbalken des gewissen Oertchens sein silbernes Zigaretten-Etui liegen. Die „Saale-Zeitung" sagt, es sei ein Geschenk an einen einfachen Soldaten gewesen. Wir glauben's ja nicht ganz. Wer schenkte wem im Kriege silberne Zigaretten-Etuis? Der ehemalige 36er Muschkot weiß es. So kam der arme Stahlhelmkrieger um sein silbernes Zigarettenetui. Aus begreiflichen Gründen fiel es ihm (laut „Saale-Zeitung") erst unterwegs ein, daß er sein Etui liegen ließ. Na, das kann man sich ja denken...

Bei diesem Rummel gab's noch eine ganze Menge [illegible] „Wie's-halt-so-kommt"-Geschichten. Diese Geschichten [illegible] natürlich das Hugenberg-Tantchen in der Brauhausgasse [illegible] obwohl sie mit Brauhäusern ganz eng zusammenhängen.

Sahen wir da in der Geiststraße drei schwarzuniformierte Kriecher in Garde-du-corps-Uniformen. Wir waren ja allerdings nur zwei Mann, aber die drei Garde-du-corps-Soldaten [illegible] sie begleitende Bratenrock sahen uns mindestens insgesamt [illegible] acht Mann an.

„hoch... hup... das Vaterland [illegible] hup... soll leben... hup" grölten sie immerzu vor sich hin. [illegible] die buschigen Helme saßen ihnen auf der Nase und dem Bratenrock fiel der Zylinder auf den Boden und die Garde-du-[illegible]

Hast du schon einen Abonnenten gewonnen?

Kriecher lagen im Krieg mit ihren Schleppsäbeln, die ihnen [illegible] merweise immer zwischen die Beine kamen. „Wie's halt so [illegible] waren die edlen Krieger sternhagelbesoffen. Sie flüchteten [illegible] dann auch in die nächst erreichbare Bedürfnisanstalt.

Menschenskinder, diese Lokusmänner wollen die [illegible] union niederschlagen"? Wenn die auch nur einmal die [illegible] disziplinierten Arbeiter der Antifaschistischen Aktion [illegible] halen, dann verkriechen sie sich samt und Sonders.

Wohin? Dorthin, wo der „rauhe Stahlhelmkriecher" sein silbernes Zigaretten-Etui liegen ließ...

Strom

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320827-19/fragment/page=0008

Ausschneiden! Diskutiere diese Fragen mit deinem Gewerkschaftskollegen! Weitergeben!

Die Aufgaben der Gewerkschafts-Mitglieder im Kampfe gegen die faschistische Diktatur

Von Walter Ulbricht

Nach dem faschistischen Umsturz in Preußen haben die Unter-[illegible] eine neue Lohnabbauoffensive begonnen. Betriebsweise [illegible] die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Die Tariflöhne [illegible] herabgesetzt, die Unabdingbarkeit der Tarife beseitigt, die [illegible]ärkerung soll verschlagen und mit Hilfe der Arbeitsdienst-[illegible] eine allgemeine Herabdrückung der Lohn- und Arbeits-[illegible] durchgesetzt werden. Die SA. bereitet sich offen auf [illegible]faschistische Unterstützung dieser Unternehmermaßnahmen vor. [illegible] Betrieben werden neue SA.-Kasernen eröffnet und in den [illegible]-Organisationen der NSDAP. wird der Streikbruch [illegible]. Aber der Bundesvorstand des ADGB. rührt sich nicht [illegible] neue Unternehmeroffensive und den Angriff der faschi-[illegible] Papen-Regierung, er predigt „Ruhe und Ordnung" und be-[illegible] engste Zusammenarbeit mit Papen, Schleicher vor. Statt [illegible] der Gewerkschaftsmitglieder zu mobilisieren, appelliert [illegible] Hindenburg und das Parlament. Gleichzeitig trafen die [illegible]leitungen, ohne vorher die Mitglieder zu befragen, [illegible] Hunderttausende von Arbeitern. [illegible] nicht mehr weitergehen! Die Gewerkschaften [illegible] von den Massen der Gewerkschaftsmitglieder aufgebaut, [illegible] den Kampf führen, um die täglichen Interessen der [illegible] mit dem Ziele des Sozialismus. Vor allen Gewerkschafts-[illegible] steht die Frage: Was ist zu tun im Kampf um Brot [illegible] Arbeit, gegen die faschistische Diktatur?

[illegible]wehren wir uns gegen Abbau der Löhne?

[illegible] den nächsten Wochen laufen die Tarife für zwei bis drei [illegible] Arbeiter ab. Aber schon jetzt, täglich werden die [illegible] herabgedrückt und die Arbeitsbedingungen durch [illegible] Zulagen, der Urlaubsbezahlung aufs neue ver-[illegible]. Die Unternehmer fordern Freiheit für den Lohnabbau [illegible] willige Vereinbarungen zwischen Unternehmern und De-[illegible], über die schrittweise Verschlechterung der Arbeits-[illegible]ungen. Gegen diesen neuen Unternehmerangriff, der durch [illegible] Unterdrückungsmaßnahmen der faschistischen Papen-Regierung [illegible] wird, muß die Masse der Gewerkschaftskollegen und der [illegible] in allen Betrieben mobilisiert werden. Wer den faschi-[illegible] Angriff auf die Löhne zurückschlagen will, der muß die [illegible] vorbereiten. D. h. Widerstand gegen jede Verschlechterung [illegible] Arbeitsbedingungen in jeder Betriebsabteilung, Protest-[illegible] im Betrieb und Gewerkschaften gegen die Unternehmer-[illegible], gegen jeden Lohnabbau und die Notverordnungen der [illegible]-Regierung, Aufstellung der Arbeiterforderungen zur Ab-[illegible] aller Verschlechterungen in den Betrieben und für die Ver-[illegible] der Arbeitsbedingungen und Wahl vorbereitender [illegible]ausschüsse oder Einheitsausschüsse sind notwendig. Je mehr [illegible]ierte und unorganisierte Arbeiter unter Leitung des selbst-[illegible] Ausschusses im Betrieb erfaßt werden, um so erfolg-[illegible] wird der Kampf geführt. Jetzt müssen die einzelnen Zahl-[illegible] der Gewerkschaften durch die Tat beweisen, daß sie den [illegible] für die Arbeiterinteressen und gegen den Faschismus [illegible].

[illegible]rum müssen die Gewerkschaftsmitglieder [illegible] die faschistische Papen-Regierung [illegible]sten?

[illegible] weil die Papen-Regierung durch ihre faschistischen Unter-[illegible]methoden gegen die Arbeiterklasse, durch die Legalisierung [illegible] SA. sich als Regierung der faschistischen Diktatur im Interesse [illegible] Großkapitals erweist. (Faschistischer Umsturz in Preußen, [illegible] Ausnahmezustände gegen kommunistische und Reichsbannerarbeiter, [illegible] Gerichte, Versammlungsverbote usw.) Hitler wurde nicht [illegible] Vizekanzler, gerade im Interesse der Konzentration [illegible] Kräfte gegen die Arbeiterklasse. Die Furcht, daß eine [illegible]rung mit Hitler an der Spitze einen ungeheuren Auftrieb [illegible] faschistischen Aktion zur Folge habe und breite Arbeiter-[illegible] in gemeinsamer Kampffront zusammenschweißt, hat die [illegible]industrie veranlaßt, die Koalition des Zentrums und der [illegible] einzugehen, um damit die Arbeiterschaft leichter spalten [illegible] und mit Hilfe des Zentrums nicht nur die christlichen, [illegible] auch die freien Gewerkschaften besser an die Kandare [illegible] zu können. Im Interesse des Kampfes gegen den Lohn-[illegible], gegen die Zerschlagung des Tarifvertrages und der Sozial-[illegible]erung, muß nun erst recht die Einheitsfront der Arbeiter [illegible]stellt werden, nicht nur gegen die Papen-Regierung, sondern [illegible] gegen jene, die „verantwortungsvolle Opposition" und das [illegible] des Nazis" predigen. Beurteilt selbst die Taten der [illegible]-Regierung und laßt euch nicht vom Kampf gegen die faschi-[illegible] Diktatur abhalten durch das sozialdemokratische Gerede, die [illegible]-Regierung sei ein „kleineres Übel". Wer das behauptet, [illegible] will die Arbeiterschaft entwaffnen und den Diktaten der [illegible]-Regierung gefügig machen. Deshalb ist es um so not-[illegible], in allen Gewerkschaftsorganisationen alle Kollegen für [illegible]maßnahmen gegen Lohnabbau, Raub der Mitgliederrechte [illegible] gegen die faschistische Unterdrückung zu mobilisieren.

[illegible] verhindern wir den faschistischen Streik-[illegible]?

[illegible] treten die SA.-Mordbanditen in den Betrieben auf. In [illegible] der Betriebe werden immer mehr SA.-Kasernen als [illegible]stationszentralen des Streikbruches geschaffen. Wer den [illegible] gegen den Lohnabbau und gegen jede Verschlechterung der [illegible]bedingungen will, der muß auch für die Entfernung [illegible] SA.-Mörder aus den Betrieben und für die [illegible]ung der SA.-Kasernen kämpfen, um rechtzeitig [illegible] Streikbruch unmöglich zu machen. In mehreren Betrieben [illegible] bereits durch Protestitreiks die Entfernung der Notverord-[illegible] aus den Betrieben erzwungen. Viele nationalsozia-[illegible] Anhänger haben aber bisher geglaubt, daß Hitler den [illegible] gegen das „System" für den Sozialismus führe. Alle [illegible]-Kollegen müssen jetzt mithelfen, damit in allen [illegible] eine große ideologische Offensive gegen die [illegible]faschistische Betriebszellen-Organisation geführt wird. [illegible] die Mitglieder der Betriebszellen-Organisation, warum [illegible] den Satz gestrichen hat:

[illegible] der wahre Unternehmer muß mit seinen Preisen bis [illegible] die unterste Grenze gehen, muß seine Arbeiter gut ent-[illegible]."

[illegible]arum unterstützt Hitler den Lohnabbau und läßt den Groß-[illegible] die Dividende und Tantiemen?

[illegible]arum unterstützt er den Tributvertrag von Lausanne, der die [illegible] zusammen mit der privaten Schuldenzahlung jährlich [illegible] Milliarden belastet?

[illegible]arum kämpft die SA. gegen Betriebsarbeiter, aber niemals [illegible] Bülinge- und Papen-Notverordnungen, wie gegen das [illegible] die NSDAP. als Partei des Großkapitals. Dazu ist aber [illegible] grundsätzliche Stellungnahme gegen die Tolerierungspolitik, [illegible] Millionäre und Antreiber? Laßt nicht locker! Entlarvt [illegible] Ausbeutungs- und Herrschaftssystem überhaupt not-

Was heißt Arbeitsbeschaffung?

Kampf um die Arbeitsbeschaffung, das heißt für jedes Gewerkschaftsmitglied, vor allem Kampf gegen jede Entlassung, gegen jeden Lohnabbau, der ja die Kaufkraft der Werktätigen weiter senkt, für Siebenstundentag und 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Dieser Kampf um die Arbeitsbeschaffung kann nur gegen den Willen der faschistischen Regierung geführt werden. Auch die Bewilligung von Mitteln für Belebung des Wohnungsbaues, Verkehrsbauten und dergleichen, kann nur das Ergebnis des Kampfes sein. Nur unter dem Drucke des gemeinsamen Kampfes der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter werden Regierung und Behörden Mittel bewilligen. Wenn Theodor Leipart im „Berliner Tageblatt" sagt:

„Das neue Kabinett hat noch keine Zeit gefunden, sich um die Arbeitsbeschaffung ernstlich zu sorgen".

so zeigt das wohl ein starkes Vertrauen zur Papen-Regierung, aber gleichzeitig den Versuch, die Illusion zu erwecken, als ob die faschistische Papen-Regierung Arbeiterforderungen bewilligt, ohne den Massenkampf der Arbeiter. Weil der Bundesvorstand des ADGB. die Aktivität der Arbeitermassen befürchtet, deshalb kann er nur Vorschläge machen in der Richtung einer geschickteren Verteilung des Elends der Werktätigen. Die vom ADGB. vorgeschlagene „Kreditschaffung" für die „Arbeitsbeschaffung" führt zweifellos zu inflationistischen Maßnahmen mit einer spekulativen Preissteigerung, die eine weitere Senkung des Reallohnes und des Lebensniveaus der Arbeiter zur Folge hat. Die Gewerkschaftsmitglieder wollen aber nicht inflationistische Enteignung der Werktätigen, sondern Arbeitsbeschaffung durch Belastung der Besitzenden, wie es in den Reichstagsanträgen der KPD. gefordert wird.

Wie verhindern wir die Zerschlagung der Sozialversicherung?

Durch den Massenkampf gegen jeden Unterstützungsabbau, durch Massengesuche für Sonderbeihilfen, durch den Kampf gegen die Hauszinssteuer, durch Massendelegationen zu den Behörden, durch den gemeinsamen Kampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen durch die Verknüpfung des Streikkampfes gegen die Unternehmeroffensive in den Betrieben mit dem Kampf der Erwerbslosen gegen den Unterstützungsabbau und gegen den Arbeitsdienstpflicht. Deshalb ist es notwendig, daß jedes Gewerkschaftsmitglied hilft, die Einheitsfront der Erwerbslosen zu schmieden, den nationalsozialistischen Einfluß unter den Erwerbslosen dadurch zurückzudrängen, daß jenen antikapitalistisch gestimmten Erwerbslosen, die heute noch an Hitler glauben, durch die Tat bewiesen wird, daß nur die revolutionäre Einheitsfront den Kampf um die täglichen Interessen der Erwerbslosen gegen jeden Unterstützungsabbau führt.

Kampf um die Freiheit der Arbeiterklasse bedeutet Kampf für bessere Arbeitsbedingungen

Versammlungsverbote, Verbot der revolutionären Presse, Sondergerichte und Polizeiverordnungen beweisen täglich jedem Gewerkschaftsmitglied, wie die kapitalistische Klasse durch faschistische Unterdrückungsmaßnahmen die Arbeiter für Lohn- und Unterstützungsabbau gefügig machen wollen, damit die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer werden. Deshalb liegt der Kampf gegen jede faschistische Unterdrückungsmaßnahme auch im Interesse der Durchsetzung der wirtschaftlichen Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder. Protestbeschlüsse in den Betrieben und Gewerkschaften gegen die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen (Urteile, Sondergerichte, Verhaftungen, SA.-Terror usw.), wie Massenkundgebungen, Protestaktionen während der Arbeitszeit, Proteststreiks und Streikbewegungen sind notwendig. Durch die Einsetzung der Kraft jedes einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes muß der Massenkampf für die Freiheit der Arbeiterklasse in jeder Betriebsabteilung geführt werden.

Was lehrt der 20. Juli für alle Gewerkschaftsmitglieder?

Der faschistische Umsturz in Preußen am 20. Juli war nur möglich, weil die faschistische Papen-Regierung wußte, daß die Führer der Gewerkschaften die ganze Macht des Apparates einsetzen würden, um Massenstreikbewegungen zu verhindern. Die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition riefen zum Massenstreik auf und stellten öffentlich die Frage an den ADGB., ob er in dieser entscheidenden Stunde zum Massenstreik bereit sei. Dieselben Führer des ADGB., die gestern gepredigt hatten, „geht uns die Macht", waren damit einverstanden, daß die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, Severing und Grzesinski, vor einem Leutnant mit ein paar Mann davonliefen, während Braun vorsichtshalber in Urlaub war. Die offene Frage der KPD. und RGO. an den ADGB. zeigte, daß für uns die Klasseninteressen der Arbeiter das höchste Gebot unserer Politik sind. Wir haben nicht die Frage organisationsmäßig gestellt, sondern haben uns nur von einem Gedanken leiten lassen, alle Kräfte der proletarischen Klasse zum gemeinsamen Kampf zusammenzufassen. Der Bundesvorstand des ADGB. antwortete darauf, indem er die Gewerkschaftsmitglieder, die für den Massenstreik eintraten, als „Provokateure" bezeichnete. Betriebsrat konnte der General Rundstedt erklären, daß auch der ADGB. gegen den Massenstreik sei.

Das ist die wichtigste Lehre des 20. Juli, daß die Gewerkschaftsmitglieder selbst den Kampf um ihre Interessen führen müssen. Die Führer des ADGB. werden sich höchstens dann für die Unterstützung einer Kampfmaßnahme erklären, wenn die Arbeiter bereits im Streik stehen. Deshalb ist die Streikvorbereitung Sache der Gewerkschaftsmitglieder und aller Arbeiter selbst. Wenn es am 20. Juli in den wichtigsten Großbetrieben bereits Einheitsausschüsse gegeben hätte, wie sie sich schon in Teilkämpfen gegen Unternehmer und Faschismus bewährt haben, dann hätte eine führende Kraft im Betrieb bestanden, die in der Stunde des faschistischen Umsturzes in Preußen sofort alle Kräfte der Arbeiter zum gemeinsamen Kampf zusammenfaßt und in den Kampf geführt hätte. Der 20. Juli hat aber gleichzeitig den Zweck des Burgfriedensangebots der ADGB.-Führer enthüllt. Durch die Forderung, die Arbeiter und Kommunisten sollen die Gewerkschaftsführung nicht angreifen, wollten sie die rechtzeitige Enthüllung des verräterischen Treibens des Bundesvorstandes verhindern, die Illusion erwecken, als ob die sozialdemokratischen Führer kämpfen, damit sie im entscheidenden Augenblick um so leichter den Massenkampf verhindern können. Der 20. Juli hat aufs neue bewiesen, daß die Losung des ADGB. „Staat greif zu" eine Forderung im Interesse der kapitalistischen Klassenherrschaft ist und daß die Erklärungen des Bundesvorstandes, die Arbeiter sollen den Schutz gegen den Mordfaschismus der Polizei überlassen und das Urteil des Staatsgerichtshofes abwarten, nur im Interesse der Feinde der Arbeiter war.

Welchem Zweck dient das Rettungsprogramm des ADGB.?

In einer Situation, wo der gemeinsame Kampf der Arbeiter, die Organisierung des Kampfes gegen die faschistische Diktatur auf der Tagesordnung stand, veröffentlichte der Bundesvorstand sein Rettungsprogramm zu dem offensichtlichen Zweck, abzulenken vom Kampf der Einheitsfront der Arbeiter gegen Unternehmerangriff und faschistische Unterdrückung. Ausgerechnet nach dem faschistischen Umsturz in Preußen fordern SPD. und ADGB. von der faschistischen Regierung die „Sozialisierung der Schlüsselindustrie und die Enteignung der Großgrundbesitzer", selbstverständlich gegen „angemessene Entschädigung". Als ob die Arbeiter gegenwärtig keine anderen Sorgen haben, als die Großindustrie und Krautjunker zu entschädigen. Appell an Staatsgerichtshof oder an die Regierung, das ist das ganze Abc des Bundesvorstandes des ADGB. Die wichtigste Forderung im ganzen Rettungsprogramm ist die Subventionierung der großkapitalistischen Unternehmer, angeblich im Interesse der „Verstaatlichung". Das bedeutet aber keine Einschränkung der kapitalistischen Herrschaft, sondern umgekehrt, diese Subventionspolitik zeigt das immer engere Verwachsen des Finanzkapitals mit dem Staatsapparat, verstärkt den direkten Einfluß des Finanzkapitals für den Staatsapparat, was auch zum Ausdruck kommt in der Forderung der Großindustrie auf beschleunigte Durchführung der Reichsreform. Diese „Verstaatlichung", die als „Weg zum Sozialismus" verherrlicht wird, ist nichts anderes als eine Diskreditierung des Sozialismus. Es ist kein Zufall, daß die Nazis im wesentlichen mit dieser Forderung einverstanden sind. Wenn die Forderung auf „Verstaatlichung" nichts anderes ist, als die Tarnung des direkten Einflusses des Finanzkapitals auf den Staatsapparat, so ist für den Bundesvorstand des ADGB. diese Politik gleichzeitig ein Mittel, sich in diese faschistische Entwicklung einzuschalten und den Gewerkschaftsapparat unter der Maske des schrittweisen „Hineinwachsens in den Sozialismus", in den Dienst der faschistischen Wirtschaftspolitik zu stellen. Die Erfahrungen der Gewerkschaftsmitglieder mit der Unterstützung der „Rationalisierung", der „staatlichen Regelung des proletarischen Schicksals" (Silferding) durch Notverordnungen, der „Preiskenkungsaktion", der Bankenkontrolle, der „Verhinderung der faschistischen Diktatur durch die Hindenburgwahl" usw., müßten eigentlich genügen, daß die Gewerkschaftskollegen endlich Schluß machen mit dieser kapitalistischen Rettungspolitik, indem sie in allen Gewerkschaften ihre Kampfforderungen für die Durchsetzung ihrer Lebensinteressen beschließen und gegen das kapitalistische Rettungsprogramm des ADGB. Stellung nehmen.

Wie kann die Kampfkraft der Gewerkschaftsmitglieder gegen Unternehmerangriff und Faschismus eingesetzt werden?

Dadurch, daß die Gewerkschaftsmitglieder in den Belegschaftsversammlungen und Gewerkschaftsversammlungen selbst über die weiteren Kampfmaßnahmen entscheiden und sich nicht wie am 20. Juli auf den Bundesvorstand des ADGB. verlassen. Vor allem kommt es darauf an, in jeder Betriebsabteilung jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch sofortige gemeinsame Kampfmaßnahmen abzuwehren. Wenn alle Gewerkschaftsmitglieder, die für den Kampf gegen die Kapitalsoffensive sind, die nicht einverstanden sind mit der sozialdemokratischen Kapitulationspolitik des 20. Juli, gemeinsam in den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen auftreten und beschließen, wie die Kampfmaßnahmen gegen Lohnabbau und faschistische Unterdrückung vorbereitet durchgesetzt werden sollen und selbst einen Kampfausschuß wählen, dann erfüllen sie ihre gewerkschaftliche Pflicht. Die Gewerkschaften sind von den Gewerkschaftsmitgliedern aufgebaut, deshalb müssen auch die Gewerkschaftsmitglieder selbst bestimmen, welche Kampfhandlungen durchgeführt werden sollen. Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer durch Diktaturmaßnahmen das verhindern wollen, dann ist es Sache der Mitglieder, das Bestimmungsrecht der Mitglieder, die proletarische Demokratie wiederherzustellen, die eine Garantie dafür gibt, daß durch die Beschlußfassung der Arbeiter selbst die unteren Organisationen in der Tat den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen. Wo die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Einberufung von Gewerkschafts- oder Betriebsversammlungen verhindern, dort ist es die Aufgabe jedes einzelnen klassenbewußten Gewerkschaftsmitgliedes, seine Kraft einzusetzen, daß auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführer die Gewerkschaftsversammlungen einberufen werden, damit die Gewerkschaftsmitglieder selbst über die weiteren Kampfmaßnahmen entscheiden können. Zweifellos werden die Gewerkschaftsleitungen versuchen, die ganze Macht ihres Apparates einzusetzen, um die Stellungnahme der Mitglieder und die Einleitung von Kampfmaßnahmen gegen die faschistische Diktatur zu verhindern. Dem kann nur erfolgreich entgegengewirkt werden, wenn sich alle kampfgewillten Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb und in der Gewerkschaft zu Oppositionsgruppen zusammenschließen. Wenn so die Gewerkschaftsmitglieder ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen, dann wird kein faschistischer Schlichter und kein Siemens imstande sein, ihre Lohnabbaumaßnahmen durchzuführen. Die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter wird den Unternehmerangriff und die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen siegreich zurückschlagen und die Offensive im Kampf um den revolutionären Ausweg für eine Arbeiter- und Bauernrepublik entfalten.

Antifaschistische Kampfwoche 14 Tage verlängert

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320827-19/fragment/page=0009

AUS DEM BEZIRK

Sonnabend, den 27. August 1932.

Vorstoß an der Literaturfront!

An alle Leitungen der UB, Stadtteile, Betriebs- und Straßenzellen!

Bei der Reichstagswahl haben 5,2 Millionen Arbeiter der KPD ihre Stimme gegeben. Der Vormarsch der Nazis ist aufgehalten. Es ist unsere Pflicht, diejenigen, die Kommunisten wählten, mit den Zielen der Partei vertraut zu machen.

Das ist mit eine Aufgabe unserer Massenorganisationen durch den Vertrieb unserer revolutionären Literatur. Dort, wo die Genossen planmäßig in und vor den Betrieben, in den Wohnbezirken Material verkauften, haben wir besonders gute Ergebnisse zu verzeichnen.

Die politischen Ereignisse der letzten Tage zwingen uns, alle Anstrengungen zu machen um erneut und noch viel stärker als bisher die Massen zum Kampf gegen den faschistischen Terror, gegen erneuten Unterstützungs- und Lohnraub zu mobilisieren.

Wir verpflichten alle Leitungen, auch den letzten Parteigenossen, die letzte Genossin am Sonnabend und Sonntag zum Literaturvertrieb heranzuholen.

Unsere Kontrolle in den Ortsgruppen des Bezirks ergab, daß noch sehr viel und sehr wertvolles Material liegengeblieben ist. Das gilt es jetzt unter die Massen zu bringen.

Vorwärts, Genossen! In Verbindung mit der Durchführung unserer Antifaschistischen Aktion, in der Vorbereitung des Internationalen Jugendtages in den Betrieben gilt es, neben der Steigerung unserer praktischen Arbeit auch eine Steigerung des theoretischen Wissens der gesamten Arbeiterschaft zu erreichen.

Noch einmal: alles am Sonntag zum großen Literaturvertrieb! Alles verkaufte Material ist sofort am Montag an die Listelle abzurechnen und die Erfolge der Redaktion des „Klassenkampf" mitzuteilen.

Beispiele die anfeuern sollen!

Ein Arbeiterkorrespondent aus Hettstedt bemerkte zu einem eingesandten Bericht:

„Wenn der Artikel erscheint, schickt 50 Exemplare „Klassenkampf" zum Einzelverkauf."

Die Arbeiterkorrespondenten aus Torgau sandten mehrere Berichte aus den Betrieben, aus dem Elend der Werktätigen usw. Gleichzeitig aber erfolgte die Aufforderung:

„Wenn Veröffentlichung erfolgt, wollen wir 100 „Klassenkampf" extra haben. Restloser Absatz organisiert und gesichert."

Daran gilt es überall und immer zu denken! Nicht nur schreiben, sondern auch organisieren! Das, was wir als Arbeiterkorrespondenten an „Klassenkampf" und „Rotes Echo" berichten, soll werben, soll die revolutionäre Bewegung vorwärts treiben helfen.

Deshalb arbeiten KPD und Arbeiterkorrespondenten Hand in Hand. Der Kampf gegen die Presse der Arbeiterfeinde muß weiter geführt werden! **Wo kommen die nächsten Bestellungen?**

Schafft rote Hilfe!

A.-K. Zeckritz-Zschakau. In einer vom Arbeitersportklub, anschließend an ein Sporttreffen durchgeführten Veranstaltung, wurde für die Rote Hilfe ein Betrag von 5,30 Mark gesammelt. Werktätige, nutzt alle Gelegenheit aus. 9000 proletarische Gefangene erwarten eure Solidarität. Schafft Rote Hilfe!

Bitterfeld-Wittenberg

Siedler-Konferenz in Wittenberg

Die Interessengemeinschaft der Neubausiedler mit dem Sitz in Kemberg ersucht um die Bekanntgabe folgender Mitteilung:

Eine am Sonntag stattgefundene Siedlerkonferenz faßte den Beschluß, daß

am Sonntag, dem 28. August, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus Wittenberg eine Konferenz der Neubausiedler stattfindet.

Eingeladen sind die Mietervereine, die Siedlergemeinschaften und Siedlergenossenschaften. Es wird erwartet, daß diese Organisationen sich restlos durch Delegationen auf der Konferenz vertreten lassen.

Die Tagesordnung wird auf der Konferenz bekanntgegeben. Ohne Ausweis kein Zutritt.

Das Siedlerproblem gewinnt eine immer größere Bedeutung! Wie und in welcher Weise die Behörden hierbei vorgehen, dafür liegen zahlreiche Tatsachen vor. Deshalb ist ein Zusammenschluß der Siedler und eine Aussprache über die notwendigen Forderungen unbedingt erforderlich.

Ein seiner Lehrmeister!

A.-K. Bitterfeld. Vor kurzem wurde im Briefkasten der „Stadtzeitung" eine kurze Notiz veröffentlicht, wonach sich der Sattlermeister Bolle seinem Lehrjungen gegenüber geradezu bestialisch benimmt. Wegen jeder kleinen Geringfügigkeit wird der Junge mit dem Stock geschlagen.

Wenn der Junge sich wehren will, wird von dem Meister ein Hund auf den Jungen gehetzt, der den Lehrling schon mehrfach gebissen hat.

Diese Veröffentlichung entspricht den Tatsachen! Wenn dazu weiter festgestellt wird, daß der Sattlermeister ein Mitläufer und Sympathisierender der Nazis ist, so sagt dies genug. So wollen es ja die Faschisten:

Die Jungarbeiter ausbeuten bis zum letzten Blutstropfen und dann auch noch die Prügelstraße!

Die gesamte Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, daß diesem Treiben Einhalt geboten wird. Aber auch die Lehrlinge müssen sich zusammenschließen und gegen derartige Prügelhelden ankämpfen. Ihr Platz ist in der RGO und vor allem im Kommunistischen Jugendverband, um mit diesen Methoden endlich Abrechnung zu halten. Der Sattlermeister Bolle gehört zu denjenigen, die täglich über Rußland schimpfen. Im Arbeiterstaat, in der Sowjetunion gibt es solche Ausbeuter nicht. Dort ist der Jugend der freie Aufstieg, sind ihr die besten Bildungsmöglichkeiten gesichert. Nur der Kapitalismus glaubt, mit solchen Methoden seine schwankende Stellung noch halten zu können. Deshalb, Lehrlinge, Jungkameraden: her zur kommunistischen Front!

Erst das Essen — dann die Miete!

Des Bauunternehmers Meinberg „warmes Herz" in Theorie und Praxis

A.-K. Weißenfels. Eine besondere Rolle spielte in der letzten Stadtverordnetensitzung das Mitglied der bürgerlichen Fraktion, der Bauunternehmer und Geschäftsführer der Baugesellschaft Herr Meinberg. Bei Beratung der Erwerbslosenanträge betr. Mietszuschuß entdeckte er, daß die erwerbslosen Mieter auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage nicht mehr imstande sind, die hohen Mieten zu zahlen. Er hob besonders hervor, daß er, obwohl auch seine Mieter nicht zahlen können, noch keine Zwangsmaßnahmen gegen diese durchgeführt habe noch werde.

Dieses Mitgefühl für die Aermsten der Armen hat sich sehr schnell als Schwindel erwiesen. Wenige Tage später hatte ein Invalid eine Gerichtsverhandlung, in der der Rechtsvertreter Meinbergs die Räumungsklage vertrat. Der Invalid wurde auch verurteilt. Dieser Mann ist Vollinvalid

und bezieht eine monatliche Rente von 76 Mark, die für drei Personen zum Leben ausreichen soll.

Davon soll der Invalid nach Ansicht des Herrn Meinberg in der Lage sein, noch 35 Mark Miete zahlen zu können. Hier will er nicht begreifen, daß die Forderung undurchführbar ist. Der Mieter hat jeden Monat soviel wie er übrig hatte an Miete gezahlt, soll aber auf die Straße gesetzt werden, trotzdem das Gericht seine Zahlungsunfähigkeit feststellen mußte.

Dazu soll dieser arme Invalid jetzt auch noch an Anwalts- und Gerichtskosten den Betrag von 54,86 Mark zahlen, und zwar innerhalb 8 Tagen, andernfalls gepfändet würde.

Das alles „Im Namen des Volkes". Der betreffende Mieter ist Mitglied der christlichen Gewerkschaften. Auch er hat jetzt erkannt, daß nicht Klassenharmonie, sondern Klassenkampf gegen Faschismus und alle Arbeiterfeinde notwendig ist, um die Pläne der Faschisten aller Färbungen, zu denen auch Herr Meinberg gehört, entscheidend zu schlagen.

Allen werktätigen Mietern droht das gleiche Schicksal, wie dieser Fall zeigt. Für sie gilt deshalb der Appell: Schafft die rote Einheitsfront in Antifaschistischer Aktion!

Faschistische Ausbeutung von Landproleten

(Landarbeiterkorrespondenz Schkortleben)

Für die Rittergüter Schkortleben und Wengelsdorf ist ein Herr Schellenberg als Zwangsverwalter eingesetzt. Er forderte vom Arbeitsamt Weißenfels Erntearbeiter an, und Wohlfahrtsempfänger fanden sich dann auch, die bei im Akkord aufnahmen. Als sie feststellten, daß sie bei Tagen ganze 2,50 Mark verdienten, erklärten sie dem verwalter, daß sie mit diesem Lohn ihre Familie nicht können. Die einzige freche Antwort war: „Dann nicht heiraten!" Ein Vater von acht Kindern, immer noch als Nazi aufspielte, stellte an Schellen Frage, wie er seine acht Kinder ernähren solle, und die Antwort: „Da dürfen sie nicht so viel machen" rief diese Stellungnahme die größte Empörung Herr Schellenberg es vorzog, zu flüchten. Seine Nazianhänger hätten mit ihm Abrechnung gehalten.

So wie dieser Verwalter glaubte auch der Gemeindevorsteher, der Mühlenbesitzer Julius Erwerbslosen provozieren zu können. Als ein Arbeiter daß er von dem Lohn nicht leben könne, sagte Bruder: nehmen Sie doch Ihre Frau mit!", obwohl er wußte, betreffende Frau im Wochenbett liegt. Der Dritte im der Fleischermeister Thon, auch ein prominenter Hitlers, der jedenfalls der Auffassung ist, daß in leben schon das Dritte Reich besteht. Er wagt es bereits größten Schimpfworte gegen die Arbeiter zu gebrauchen. Arbeiterschaft muß es ablehnen, solche Geschäftsleute zu stützen.

Als sich die Arbeiter nun weigerten, für das Geld arbeiten, wurde erklärt: „Wer aufhört, bekommt keine stützung mehr." Die Arbeiter forderten die Stunde zu ließen sich dann aber wieder einschüchtern und arbeiten 2 Mark, die Hauer für 4 Mark pro Tag, wobei es eine Kartoffelsuppe geben soll.

Diese Bewegung hätte anders ausfallen müssen, Arbeiter einheitlich und geschlossen unter revolutionärer den Kampf aufgenommen hätten. Die Ausbeuter betrügen Arbeiter als Freiwild, finden dann auch noch die bei solchen Proleten, die für ein paar Mark und arbeiten. Diesen sei vor allem gesagt, daß sie unter des Faschismus noch mehr hungern sollen, als es heute Fall ist. Deshalb, Arbeiter und Erwerbslose, hinein in in den Kampfbund gegen den Faschismus! Steht die schistische Aktion! Lest „Klassenkampf" und „Rotes Echo" mit für ein freies sozialistisches Deutschland!

Naumburg. Zuchthausstrafe für einen münzer. Der aus Saarbrücken gebürtige 28jährige Waldemar Engel aus Zeitz wurde vom Gericht wegen Falschmünzerei zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus Außerdem wurde auf fünf Jahre Ehrenrechtsverlust und von Polizeiaufsicht erkannt. Der Angeklagte hatte Metall Falschgeld herzustellen, ist aber nicht dazu gekommen, Falschstücke in Verkehr zu bringen.

Landarbeiter werden doppelt geschröpft

Sonderbare Verrechnungsmethoden in der Merseburger Landkrankenkasse / Setzt euch zur Wehr!

A.-K. Lauchstädt. Den sogenannten sozialen Instituten, also Krankenkassen usw., sollte es insbesondere in der heutigen Notzeit Ehrensache sein, die Gesetze so sozial als möglich auszulegen und anzuwenden. Das scheint aber bei der Landkrankenkasse Merseburg nicht der Fall zu sein.

Durch die letzte Notverordnung der v. Papen-Regierung, die u. a. auch die famose „Arbeitslosenhilfe" (lies: Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf Kosten der Arbeiter) brachte, werden alle Arbeitnehmereinkommen bis zu 29,17 Mark die Woche mit einer 1½prozentigen, alle Einkommen über 29,17 Mark mit einer 2½prozentigen „Arbeitslosenhilfe-Abgabe" belegt. Die Landkrankenkasse Merseburg hat nun ihre Mitglieder nicht nach dem Lohne, sondern nach Berufsgruppen gegliedert und erhebt danach die Beiträge. Es ergibt sich nun dadurch, daß z. B. die zur Gruppe 4 gehörigen Mitglieder, die heute ca. 22,— Mark die Woche (= einschließlich Deputat) verdienen, statt mit einer 1½prozentigen mit einer 2½prozentigen Abgabe vom Grundlohn belegt werden.

Die Landkrankenkasse Merseburg nimmt also diesen Mitgliedern mehr ab, als nach dem Gesetz notwendig ist! (Obwohl die Landkrankenkasse von diesen Beiträgen keinen Pfennig bekommt!)

Statt nun die Mitgliedsgruppen bzw. den Grundlohn zu

ändern, um diese schroffen Ungerechtigkeiten zu vermeiden, läßt man alles beim alten. Hier sollten die Arbeitnehmer-Vertreter der Landkrankenkasse einmal ganz gehörig auftrumpfen. Denn daß von den Vorsitzenden, dem Herrn v. Richter-Delitzsch und Herrn Hochheim-Schafstädt, hier eingegriffen würde, werden doch die Landproleten schwerlich erwarten dürfen. Kennzeichnend ist das Verhalten dieser Vorsitzenden in dieser Angelegenheit aber doch. Denn diese „nationalen" Herren, die sich doch sonst so warm (bitte, nich röhmisch!) für ihre „Volksgenossen" einsetzen, vergessen das ganz, wenn sie etwas für diese ihre „Volksgenossen" tun sollen.

Diese Gruppeneinteilung wirkt sich aber nicht nur bei dieser sogenannten Arbeitslosenhilfe, sondern auch bei den Krankenkassenbeiträgen in der krassesten Weise aus. Nur ein Beispiel: Für einen Landarbeiter bis zu 17 Jahren sind pro Monat 2,73 zu zahlen. Mit Beginn des 18. Lebensjahres erhöhen sich die Beiträge ohne Rücksicht darauf, ob auch das Einkommen steigt, pro Monat auf 4,77 Mark! Es wird also die höchste Zeit, daß hier Aenderung geschaffen wird. Bei einer einigermaßen sozial denkenden Geschäftsführung dürfte so etwas überhaupt nicht vorkommen.

Die Mitglieder auch dieser Krankenkassen sollten sich von allen Illusionen frei machen. Gewiß ist es notwendig, gegen die unrechtfertigten Berechnungen Sturm zu laufen. Das ist die Aufgabe aller Mitglieder. Es darf aber niemals vergessen werden, daß der Abbau und die Verschlechterungen auf dem Gebiet der Versicherung in einem schnelleren Tempo einsetzen werden. Deshalb muß die ganze Arbeiterschaft mobilisiert werden.

Wer nicht deutschnational wählt — fliegt!

(Landarbeiterkorrespondenz Rosenfeld)

In einer Versammlung kurz vor der Wahl tat der Gutsbesitzer Meißner die Aeußerung: „Wer anders wählt als ich, der bekommt zuerst die Fliegen." Die Proleten wählten deutschnational wählen. Heute ist das wahr geworden. Ein Genosse, der bei diesem Gutsbesitzer in Arbeit steht, leitete eine Wahlversammlung und wurde daraufhin gekündigt. Der Arbeit aber drängte und erst noch mehr Profite aus Knochen der Proleten herausgeschunden werden sollen, nahm Kündigung zurückgenommen. Nachdem jetzt die dringendsten Arbeiten vorüber sind, hat der Verwalter den Arbeiter erneut kündigt.

Das ist die treudeutsche Gesinnung der Faschisten in Schattierungen. Damit gilt es aufzuräumen, und das ist die gabe, die vor allen Landarbeitern steht. Die Landproleten haben ein anderes Los, wenn sie ihren Ausbeutern einig und schlossen entgegentreten würden. Deshalb müssen wir Ihnen wieder auffordern: Helft mit in der Organisierung der faschistischen Aktion auch in den ländlichen Gebieten, kämpft den Kommunisten gegen die Schikanen der Krautjunker, Lohn- und Unterstützungsraub, gegen den Nazitrotz und Sondergerichte!

Ein prügelnder Polizeibeamter

A.-K. Landsberg. Wenn man hier etwas mit der Polizei zu tun hat, fährt man gut, sich zum Schutze gegen die entweder das Ueberfallkommando oder ein paar handfeste leten mitzunehmen. Der Polizeibeamte Westfahl, der bei bemerkt, einen guten Tropfen nicht verachtet, hat es gebracht, den Arbeiter Sch. im Amtszimmer des germeisters und in dessen Gegenwart und in wart anderer Zeugen ins Gesicht zu schlagen.

Was mag eigentlich für ein Grund vorgelegen haben, Bürgermeister eine derartige Roheit in seinem Amtszimmer dete? Die Werktätigen fordern, daß der Beamte sofort rem Posten entfernt wird. Die Arbeiterschaft ist nicht derartige Zustände noch länger zu dulden.

Letzte Kurzmeldungen

Weißenfels. Freitod eines Geschäftsinhabers. In der Nacht zum Donnerstag ist der Kaufmann Paul Inhaber der großen Eisenwarenhandlung C. W. Honers durch Einatmen von Leuchtgas freiwillig auf dem Leben den. Schlechte Wirtschaftsverhältnisse dürften den Geschäftsmann in den Tod getrieben haben.

Zeitz. Straßenraub. Am Donnerstagabend wurde in Gartenstraße eine Frau von einem Radfahrer angefahren, die Frau den Radfahrer auf seine Unvorsichtigkeit aufmerksam machte, stieg der Mann vom Rade und fragte nach der Wohnung eines Arztes. Während des Aufsteigens entriß der eine Begleiter Bursche der Frau das Einkaufsnetz und fuhr unerkannt davon. Die Ueberfallene beklagt den Verlust mehrerer Mitgliedsbücher und einer braunen Geldbörse mit Inhalt.

Buchra (Kr. Eckartsberga). Feuer in der Gutsgärtnerei. In den Nachmittagsstunden brach auf dem Anwesen des Gutsgärtners K. ein Feuer aus, das mit großer Geschwindigkeit sich griff und Scheune und Stallgebäude in Asche legte. Die Feuerwehr war machtlos und mußte sich lediglich auf den Schutz anderen Gebäude beschränken. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320827-19/fragment/page=0010